



350

**TAX THEIR
BILLIONS!**

STEUERN FÜR SUPERREICHE:
WIE UND WARUM
SUPERREICHE, DEN KAMPF
GEGEN DIE KLIMAKRISE
FINANZIEREN SOLLTEN

Inhaltsverzeichnis

01. Warum Superreiche besteuert werden sollten, um ihren Beitrag zum Kampf gegen die Klimakrise zu leisten	5
--	---

02. Die Milliardär*innen	11
--------------------------	----

DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH: FOSSILE BRENNSTOFFE, CHEMIKALIEN UND STAUBSAUGER	13
--	-----------

JIM RATCLIFFE: FRACKING, KUNSTSTOFFE UND CHEMIKALIEN	14
--	----

JAMES DYSON: STAUBSAUGER, LUFTREINIGER UND AGROBUSINESS	16
---	----

FRANKREICH: REICHTUM DURCH CHEMIKALIEN UND LUXUSGÜTER	18
--	-----------

BERNARD ARNAULT: „DER WOLF IN KASCHMIR“	19
---	----

VINCENT BOLLORÉ: DAS FRANZÖSISCHE PENDANT ZU RUPERT MURDOCH	21
---	----

DEUTSCHLAND: SPRITSCHLUCKER, ABGASSKANDALE UND STEUERFREIE MILLIARDEN	23
--	-----------

SUSANNE KLATTEN UND STEFAN QUANDT: MOTOREN DER KLIMAKRISE, DIE IHREN REICHTUM GERNE IN DER FAMILIE BEHALTEN	24
---	----

DIE PORSCHE-PIÉCH-FAMILIE: DER VW-ABGASSKANDAL, SPRITSCHLUCKER UND FAMILIENSTREITIGKEITEN	26
---	----

BRASILIEN: STEUEROASEN, ABHOLZUNG UND BESTECHUNG	28
---	-----------

LUCIANO HANG: WARENHAUSKÖNIG UND UNTERSTÜTZER VON BOLSONARO	29
---	----

DIE BATISTA-BRÜDER: VERNICHTUNG DES AMAZONAS-REGENWALDES UND BESTECHUNG VON POLITIKER*INNEN	30
---	----

03. Tax Their Billions und Building Our Own Power	33
---	----

Geschrieben von:

Ruth Potts, Mark Raven, Kate Blagojevic

Veröffentlicht:

November 2024

Grafikdesign von:

Lully Duque



01: Warum Superreiche besteuert werden sollten, um ihren Beitrag zum Kampf gegen die Klimakrise zu leisten

DAS PROBLEM:

„Ohne eine grundlegende Umverteilung des Wohlstands auf nationaler und internationaler Ebene ist eine ernstzunehmende Bekämpfung des Klimawandels nicht möglich“,

so Thomas Piketty,
Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Hochschule École des Hautes Études
en Sciences Sociales.

Die Besteuerung von sozial ungerechtem und ökologisch destruktivem Wohlstand sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Es besteht dringender Handlungsbedarf, die Welt mit erneuerbarer Energie zu versorgen, die günstiger und sauberer ist als Energie basierend auf fossilen Brennstoffen. Gleichzeitig muss der aktuelle Energie- und Ressourcenverbrauch gesenkt werden. Beides bedarf erheblicher öffentlicher Investitionen. Allerdings lassen die Regierungen im Globalen Norden ein entsprechendes Handeln vermissen. In vielen Ländern wird kontrovers darüber diskutiert, wer für die Kosten der Energiewende aufkommen sollte. Die Einführung einer Reichensteuer ist die offenkundigste und einfachste Lösung für dieses Problem. Eine solche Steuer hätte gleich zwei Vorteile: Einerseits stünden Regierungen im Nu die erforderlichen Milliarden für die Bekämpfung der Klimakrise zur Verfügung und andererseits würde eine Reichensteuer dazu beitragen, die Ungleichheiten bei der Vermögensverteilung zu verringern.

Die Frage, wer für Klimaschutz bezahlt, steht im Zentrum eines Kulturkampfes, der aktuell in Europa und anderen Teilen der Welt stattfindet. Die extreme politische Rechte, die traditionell die wissenschaftlichen Grundlagen der Klimakrise leugnet, erzählt der Welt Märchen: Sie behauptet, dass ausschließlich die Bürger*innen für die Kosten klimafreundlicher Maßnahmen wie den Bau von Solaranlagen oder die Installation von Wärmepumpen aufkommen müssten. Das ist schlichtweg gelogen. Die Frage, wer die Kosten übernimmt, ist eine Frage der Entscheidung und keine in Stein gemeißelte Gesetzmäßigkeit. Vielmehr geht es darum, ob die Superreichen, die ohne Zweifel über die finanziellen Mittel verfügen, einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten, in die Pflicht genommen werden. Die Superreichen zahlen oft weniger Steuern als sie anteilig müssten. Gleichzeitig tragen sie aber überproportional zur Klimakrise bei. Davon am stärksten betroffen sind aber eben nicht die Reichsten, sondern die ärmsten Menschen und Länder. Globale und nationale Vermögenssteuern würden die erforderlichen Mittel für die Lösung der Klimakrise und der Problematik der steigenden Lebenshaltungskosten bereitstellen. Die Mittel könnten die Energiewende und die soziale Wärmewende finanzieren. So könnten alle ein sicheres und warmes



Zuhause haben, angetrieben von bezahlbarer, erneuerbarer Energie. Die Mittel könnten außerdem den öffentlichen Nahverkehr stärken. Reisen würde günstiger und bequemer. Luft und Wasser würden sauberer. Zudem stünden den ärmsten Ländern der Welt die seit Langem versprochenen Finanzmittel zur Verfügung, um Klimaschäden zu beseitigen und zu verhindern und um die Energiewende weltweit zu beschleunigen.

Die Zeit der Verzögerungen, des Sündenbock-Denkens und der Ausreden muss vorbei sein. Es sind beinahe zehn Jahre seit Unterzeichnung des Übereinkommens von Paris vergangen und die reichsten Länder stellen noch immer nicht das Minimum an Mitteln zur Verfügung, die nötig wären, um Klimaschäden zu beseitigen und zu verhindern, um klimasichere Infrastrukturen zu schaffen oder um den Ausbau der erneuerbaren Energien in dem Umfang und mit der Geschwindigkeit voranzutreiben, die notwendig wären, um die Klimakrise in den Griff zu bekommen. Nur allzu oft haben sich Staats- und Regierungschef*innen für Sparmaßnahmen und gegen ein entschlossenes Handeln entschieden. Und das häufig nicht zuletzt aufgrund der Lobby von Milliardär*innen. Viele Politiker*innen haben nicht die nötigen politischen Entscheidungen getroffen, um sicherzustellen, dass Kinder genügend zu essen und Menschen Zugang zu einer guten Gesundheitsversorgung haben und in einem sicheren und warmen Zuhause leben können. Stattdessen haben sie völlig ungerechtfertigt die Schuld für das kaputte Wirtschaftssystem und durch Ungleichheit bedingte soziale Probleme auf Randgruppen wie Menschen mit Migrationshintergrund oder die LGBTQ+-Community geschoben.

Einer der Gründe, warum unser Wirtschaftssystem kollabiert, ist, dass die Superreichen einen unvorstellbaren Wohlstand anhäufen, Steuern umgehen und die arbeitende Bevölkerung ausbeuten. Parallel dazu sorgen die Hauptverantwortlichen der Klimakrise – die Bosse der fossilen Industrie und anderer umweltzerstörender Unternehmen – mit



ihrem Lobbyismus und ihrer Verweigerung gegenüber der Energiewende dafür, dass sich die Klimakrise noch verschlimmert. Deshalb braucht es dringend effektive Maßnahmen zur Besteuerung ihres exzessiven, zerstörerischen und illegitimen Reichtums. Allerdings ist dies nur eine von vielen Maßnahmen. Auch sind die in diesem Briefing genannten Milliardär*innen nur die Spitze des Eisbergs. Sie stehen sinnbildlich für eine Klasse der Superreichen, die bisher völlig ungestraft ihrem klimaschädlichen Treiben nachgehen konnte. Allerdings sind sie nicht nur Teil des Problems, sondern bieten auch für alle, denen Klimagerechtigkeit am Herzen liegt, die Chance, einen transformativen Wandel Wirklichkeit werden zu lassen.

EXZESSIVER REICHTUM VERSCHÄRFT DIE KLIMAKRISE

Das Problem beschränkt sich nicht allein darauf, dass Milliardär*innen keine gerechte Steuerlast tragen. Ihre Investitionen und ihr Lifestyle tragen massiv zur Verschärfung der Klimakrise bei:

- Die reichsten 1 % sind für mehr Emissionen verantwortlich als 66 % der Weltbevölkerung. Die Emissionen aus den Investitionen von Milliardär*innen sind eine Million Mal höher als die einer Normalperson. Zudem machen ihre Investitionen den Großteil ihrer Emissionen aus.
- Aber auch die Emissionen, die durch den Lifestyle von Milliardär*innen einschließlich ihrer Privatjets und Yachten entstehen, sind einige Tausend Mal höher als die eines Durchschnittsmenschen. Das ist weder nachhaltig noch hinnehmbar.

SUPERREICHE ZAHLEN SEHR WENIG STEUERN

Milliardär*innen zahlen viel weniger Steuern als gewöhnliche Menschen. Auch wenn die Gesamtsumme, die einige Milliardär*innen an Steuern zahlen, hoch erscheinen mag, liegt die effektive Steuerlast vieler Milliardär*innen gemessen an ihrem Gesamtvermögen aktuell zwischen 0 und 0,5 %. Zum Vergleich: Normalbürger*innen zahlen zwischen 20 % und 40 % ihres Einkommens an Steuern. Superreiche zahlen viel weniger Steuern, weil sie die Möglichkeiten haben, ihr Einkommen so zu verteilen, dass ihre Bemessungsgrundlage, d. h. das zu versteuernde Einkommen, niedriger ausfällt. Viele verstecken einen Großteil ihres Einkommens hinter Briefkastenfirmen in Steueroasen und kaufen Immobilien, um keine Steuern zahlen zu müssen. Schätzungen von Oxfam zufolge stammen in 88 Ländern lediglich 4 Cent eines jeden Dollar, der an Steuern eingenommen wird, aus einer Form von Vermögenssteuer, wie z. B. der Grundsteuer. Da viele Regierungen die Steuern für Reiche gesenkt haben, konnten die Superreichen immer mehr Reichtum anhäufen. Die Folge sind fehlende Mittel im Staatshaushalt, was zu Kürzungen bei der Bereitstellung grundlegender sozialstaatlicher Leistungen führt. Dieser soziale Missstand befeuert das Erstarken rechtsextremer Parteien wie die AfD. Vermögenssteuern würden die Mittel bereitstellen, die zur Bewältigung der Klimakrise benötigt werden und gleichzeitig für mehr Gleichheit und weniger Spaltung in der Gesellschaft sorgen.

WAS WIR FORDERN

- Die Vereinbarung einer weltweiten Mindest-Vermögenssteuer für Superreiche bei der G20 und den Vereinten Nationen sowie die gesetzliche Verankerung einer Vermögenssteuer auf nationaler Ebene.
- Dauerhaft erhöhte Steuern für fossile Unternehmen, die erheblich zur Klimakrise beitragen und daran verdienen.
- Die Einführung dieser Steuern könnte zu Mehreinnahmen von Milliarden, wenn nicht gar Billionen von Dollar führen. Diese Mehreinnahmen müssen weltweit für die Umstellung auf erneuerbare Energien ausgegeben werden, für die Behebung von Klimaschäden und dafür, das Zuhause und die Lebensgrundlage von Menschen zukunftssicher zu machen. Darüber hinaus müssen diese steuerlichen Mehreinnahmen in die Klimafinanzierung auf nationaler und internationaler Ebene sowie in die Verbesserung sozialstaatlicher Leistungen im Inland und im Globalen Süden gesteckt werden.

WIE WÜRD EINE VERMÖGENSSTEUER AUSSEHEN?

Es gibt eine ganze Reihe von Vorschlägen für eine Vermögenssteuer, die ausschließlich Superreiche betreffen und die erforderlichen Mittel aufbringen würden, um weltweit den Weg in eine Zukunft zu ebnen, in der alle Zugang zu sicherer und bezahlbarer Energie haben. Um zu verhindern, dass sich die aktuellen Ungleichheiten noch verschärfen, müsste laut Oxfam in allen Ländern eine Vermögenssteuer in Höhe von 8,6 % auf die Vermögenswerte von Superreichen erhoben werden. Ein niedrigerer Steuersatz würde zwar ebenfalls zusätzliche Einnahmen generieren, aber nicht verhindern, dass Milliardär*innen unkontrolliert immer mehr Reichtum anhäufen. Ein für die G20 ausgearbeiteter Vorschlag sieht eine Vermögenssteuer von gerade einmal 2 % für die reichsten Menschen der Welt vor. Davon betroffen wären etwa 3.000 Superreiche. Dieser sehr niedrige Steuersatz würde zwar zu Mehreinnahmen führen, aber wenig zur Bekämpfung der zunehmenden Ungleichheiten beitragen.

DIE UNTERSTÜTZUNG FÜR EINE VERMÖGENSSTEUER STEIGT WELTWEIT

Mehr als 1,5 Millionen Menschen haben die politisch Verantwortlichen in einer Petition zur Einführung einer weltweiten Vermögenssteuer aufgefordert. Darüber hinaus haben im Rahmen einer Umfrage, die in 17 der G20-Staaten durchgeführt wurde, mehr als zwei Drittel der befragten Personen angegeben, dass sie eine höhere Besteuerung von Superreichen als Möglichkeit sehen, um die erforderlichen Mittel zur Verbesserung der Lebenssituation aller Menschen aufzubringen. Auch die Mehrzahl der Reichen befürwortet eine Vermögenssteuer. Beinahe drei Viertel der in den G20-Staaten befragten Millionär*innen sind für eine Reichensteuer. Des Weiteren ist mehr als die Hälfte von ihnen der Ansicht, dass extremer Reichtum eine „Gefahr für die Demokratie“ darstellt. Mehrere ehemalige Präsident*innen und Premierminister*innen haben die G20 in einem offenen Brief aufgefordert, sich auf eine weltweite Vermögenssteuer zu verständigen.



WOZU BRAUCHT ES EINE WELTWEITE VEREINBARUNG?

Durch eine weltweite Vereinbarung über eine Vermögenssteuer würde sichergestellt, dass Milliardär*innen einen gerechten Beitrag leisten, egal wo sie auf der Welt leben. Im Jahr 2021 haben sich die weltweiten Staats- und Regierungschef*innen auf einen Mindeststeuersatz von 15 % für Unternehmen geeinigt. Aktuell gibt es Bestrebungen, auch für Milliardär*innen einen Mindeststeuersatz einzuführen. Die G20 befinden sich in einem „Dialog über eine faire und progressive Besteuerung, die auch die Besteuerung sehr vermögiger Privatpersonen vorsieht“. Das Steuerabkommen der Vereinten Nationen sieht hingegen die Ausarbeitung eines Vertrags vor, der sowohl die Besteuerung international tätiger Unternehmen als auch von Superreichen beinhaltet. Obwohl eine Vermögenssteuer auf nationaler Ebene umgesetzt werden müsste, würde eine weltweite Vereinbarung über eine Mindestvermögenssteuer für Superreiche im Ergebnis dazu führen, dass Steuerflüchtlinge keinen Ort mehr haben, um sich zu verstecken. Ein im Vorfeld des G20-Gipfels veröffentlichter Bericht zeigt, dass jetzt die Möglichkeit besteht, eine koordinierte internationale Steuer für Superreiche einzuführen. Dazu wäre eine entsprechende nationale Gesetzgebung in den einzelnen Ländern erforderlich. Wobei das globale Abkommen einen weltweiten Mindeststeuersatz festlegen und bei Bedarf die grenzüberschreitende Steuereintreibung unterstützen würde.



02: Die Milliardär*innen



JEFF BEZOS

Das Vermögen von Jeff Bezos belief sich laut Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 auf 194 Mrd. US\$. Im September 2024 wurde das Vermögen von Jeff Bezos auf über 206 Mrd. US\$ geschätzt. Nach Recherchen von Propublica aus dem Jahr 2021 hat Jeff Bezos 2007 und 2011 überhaupt keine Steuern gezahlt. Im Februar 2024, kurz nach Bekanntgabe seines Umzugs nach Florida, um näher bei seinen Eltern zu sein, wies das Nachrichtennetzwerk CNBC darauf hin, dass der mehrfache Milliardär infolge des Umzugs beim Verkauf von Amazon-Aktien von Steuerersparnissen in Höhe von 600 Mio. US\$ profitieren würde, da im Bundesstaat Florida keine Steuern auf Kapitalerträge erhoben werden.

Amazon ist dafür bekannt, seine Beschäftigten notorisch schlecht zu behandeln. In Frankreich wurde gegen das Unternehmen ein Bußgeld in Höhe von 32 Mio. € wegen „exzessiver“ Überwachung seiner Beschäftigten verhängt. Beschäftigte beschreiben die Bedingungen in den Warenlagern als „Strafkolonie“ und als „Gefängnis“. Amazon ist für mehr Emissionen verantwortlich als jeder der anderen fünf großen Technologiekonzerne. Darüber hinaus verwendet der Technologieriese eine falsche Grundlage zur Berechnung seiner CO₂-Bilanz, indem lediglich die eigenen Produkte berücksichtigt werden, die aber gerade einmal 1 % des Umsatzes ausmachen. Zudem vernichtet das Unternehmen jedes Jahr Millionen Artikel und das allein in einem einzigen Warenlager im Vereinigten Königreich.

WARUM DIESE MILLIARDÄR*INNEN?

Von den in diesem Briefing genannten Milliardär*innen zahlt niemand auch nur annähernd den Steuersatz, den gewöhnliche Erwerbstätige zahlen. Sechs der im Folgenden aufgeführten Milliardär*innen stammen aus den drei reichsten Ländern Europas: Vereinigtes Königreich Frankreich und Deutschland. Zwei weitere stammen aus Brasilien. Die dortige Regierung ist federführend bei der Forderung nach Einführung einer „Steuer für Milliardär*innen“ auf dem G20-Gipfel. Darüber hinaus ist das Land Gastgeber der wichtigen UN-Klimaverhandlungen 2025. Einige der Milliardär*innen haben zumindest einen Teil ihres Lebens überhaupt keine Steuern gezahlt. Darüber hinaus stammt der Großteil ihres Einkommens aus ihrem Vermögen und wird nicht durch Arbeit erwirtschaftet. Viele von ihnen nutzen Briefkastenfirmen und Steueroasen. Mehrere sind in andere Länder gezogen, um keine Steuern zahlen zu müssen. Darüber hinaus haben einige dieser Superreichen versucht, mit ihrem Geld Einfluss auf die Politik zu nehmen. Andere haben indes versucht, mithilfe ihres Reichtums Ausnahmeregelungen von Umwelt- und Emissionsvorschriften zu erwirken. Wieder andere haben die Macht ihres Reichtums eingesetzt, um ihre Beschäftigten auszupressen. Kurzum: Alle von ihnen betrügen auf die eine oder andere Art das System. Dazu nutzen sie u. a. Schlupflöcher, um weniger Steuern zu zahlen als normale Menschen. Sie nutzen ihren Reichtum, um demokratische Prozesse und Entscheidungen mit Füßen zu treten. Gleichzeitig zerstören sie mit ihren Investitionen und ihrem Lebensstil unseren Planeten. Die acht in diesem Briefing vorgestellten Milliardär*innen sind nur ein kleiner Ausschnitt der insgesamt 2.781 Milliardär*innen weltweit. Allerdings zeigen diese sehr deutlich, **warum eine Vermögenssteuer für Superreiche mehr als überfällig ist.**



ELON MUSK

Im März 2024 wurde das Vermögen von Elon Musk in der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt auf 195 Mrd. US\$ geschätzt. Damit belegte Elon Musk Platz zwei hinter dem französischen Milliardär Bernard Arnault. Im September 2024 bezifferte Forbes das Vermögen von Elon Musk bereits auf über 266 Mrd. US\$. Laut 2021 veröffentlichten Recherchen von Propublica hat Elon Musk im Jahr 2018 überhaupt keine Steuern gezahlt. Als Reaktion auf die Veröffentlichung versprach er, nach Ausübung von Tesla-Aktioptionen im Jahr 2021 insgesamt 11 Mrd. US\$ an Steuern zahlen zu wollen. Wie viele Steuern der Tycoon tatsächlich gezahlt hat, ist unbekannt. Zwischen 2019 und 2024 hat Tesla überhaupt keine US-Bundessteuern gezahlt, und das obwohl das Unternehmen einen Gewinn von 4,4 Mrd. US\$ erwirtschaftet und seinen Führungskräften Gehälter in Höhe von 2,5 Mrd. US\$ ausgezahlt hat.



ANMERKUNG ZUR BERECHNUNG DES WOHLSTANDS VON MILLIARDÄR*INNEN

Die Schätzungen zum Vermögen der Milliardär*innen basieren auf seriösen Quellen wie der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt und dem täglich aktualisierten „Billionaires Index“ von Bloomberg. Daher handelt es sich bei den meisten der vorgestellten Zahlen um Angaben in US-Dollar. Wo verfügbar, wurden Schätzungen auch in der jeweiligen lokalen Währung angegeben. Aufgrund der großen Geheimniskrämerei und komplexen Strukturen, mit denen Milliardär*innen ihre Vermögenswerte aufteilen und geheim halten, sind alle Schätzungen unvollständig und basieren auf den besten verfügbaren Daten. Das heißt, dass wir hier nur die Spitze des Eisbergs vorstellen können.

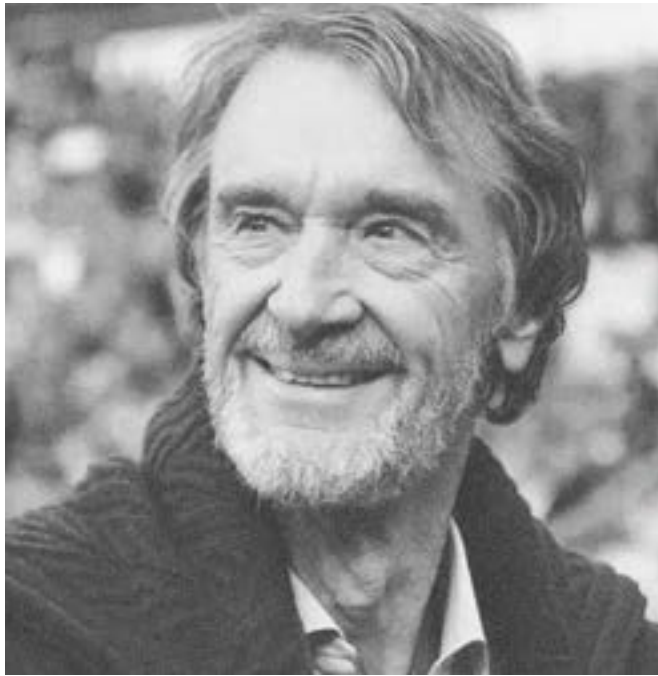
Das Vereinigte Königreich: fossile Brennstoffe, Chemikalien und Staubsauger

- Laut Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt leben im Vereinigten Königreich 55 Milliardär*innen mit einem gesamten Nettovermögen in Höhe von 225 Mrd. US\$ (171 Mrd. £ bzw. 204 Mrd. €). Die Verbraucherpreise sind zwischen Mai 2021 und Mai 2024 um 20,8 % gestiegen, während die Realeinkommen seit 15 Jahren stagnieren.
- Trotz breiter Unterstützung in der Öffentlichkeit gibt es im Vereinigten Königreich keine Vermögenssteuer. Zugleich ist die Besteuerung hoher Einkommen seit 1979 drastisch gesunken. So wurde der Spitzensteuersatz auf Einkommen von 83 % im Jahr 1979 auf aktuell gerade einmal 45 % herabgesetzt. Da es keine Vermögenssteuer gibt, zahlen Milliardär*innen sehr viel weniger.
- Laut dem gemeinnützigen Equality Trust verursacht die Ungleichheit im Vereinigten Königreich – verglichen mit dem Durchschnitt der Industrieländer der OECD – jedes Jahr wirtschaftliche und soziale Mehrkosten in Höhe von 106,2 Mrd. £ (126 Mrd. €).
- Laut Umfrage des Meinungsforschungsinstituts YouGov sind 78 % der befragten Personen für eine jährliche Vermögenssteuer auf Vermögenswerte über 10 Mio. £ (12 Mio. €). Weitere 62 % befürworten die Anwendung des gleichen Steuersatzes auf Einkommen aus Vermögen wie auf Einkommen aus Beschäftigung.
- Durch die Mehreinnahmen könnte die durch jahrzehntelange Unterfinanzierung in Schieflage geratene öffentliche Grundversorgung verbessert werden. Zudem könnten marode Schulen saniert, Wohnungen und Häuser gedämmt und eine sozial gerechte Energiewende finanziert werden. Darüber hinaus könnten Tausende neue Arbeitsplätze geschaffen und Beschäftigte unterstützt werden, die unter der Untätigkeit vorangegangener Regierungen zu leiden haben.
- Mit einer Vermögenssteuer für Milliardär*innen von gerade einmal 8,6 % könnte die zunehmende Ungleichheit gestoppt und eine Vielzahl jährlicher Leistungen im Vereinigten Königreich finanziert werden. So könnten z. B.:
 - mehr als 1,1 Millionen Häuser und Wohnungen gedämmt und mehr als 270.000 neue

* 350.org berechnete die Einnahmen aus einer Vermögenssteuer von 8,6 % auf der Grundlage des Gesamtvermögens der ansässigen Milliardär*innen und untersuchte dann, was mit diesen Einnahmen auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Daten finanziert werden könnte.

Wärmepumpen installiert werden, damit die Häuser und Wohnungen im Winter warm und im Sommer kühl bleiben, und das zu bezahlbaren Preisen.

- Tausende neue Windräder gebaut werden, um 900.000 Haushalte mit sicherer und erneuerbarer Energie zu versorgen. Darüber hinaus könnte mit dem Geld eine Energiegarantie finanziert werden, um sicherzustellen, dass die Grundversorgung mit Energie gewährleistet ist und niemand ohne Strom und Wärme zurückbleibt.
- mehr als 60.000 öffentliche Gebäude wie Schulen und Krankenhäuser mit Solarmodulen ausgestattet werden, die saubere und erneuerbare Energie erzeugen.
- mehr als 1 Million Beschäftigte in der fossilen Industrie und in Industrien mit hohem Kohlendioxidausstoß für zukunftssichere Arbeitsplätze in Städten wie Port Talbot und Aberdeen umgeschult werden.
- mehr als 3.700 neue elektrische Busse in Betrieb genommen sowie das Schienennetz modernisiert und Ticketpreise gesenkt werden, um Reisen einfacher, günstiger und umweltfreundlicher zu machen.
- Tausende Sozialwohnungen gebaut werden, um sicherzustellen, dass jede*r ein sicheres und warmes Zuhause hat.
- Löhne und Gehälter von über 15.000 Krankenpfleger*innen und mehr als 17.000 Beschäftigten der Pflegebranche bezahlt werden.
- 10 neue Bibliotheken gebaut und Krankenhäuser renoviert werden, um das Wohlergehen der Gemeinden zu verbessern.
- die aktuellen Mittel zum Schutz von Häusern, Unternehmen und Infrastruktur vor Überschwemmungen und Waldbränden aufgestockt werden.
- die aktuellen Ausgaben in Höhe von 11,6 Mrd. £ zur Klimafinanzierung erhöht und der bestehende Hilfsfond in Höhe von 60 Mio. € für Verluste und Schäden massiv aufgestockt werden. Darüber hinaus würde dies dazu beitragen, der historischen Verantwortung gegenüber den Ländern nachzukommen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind.



JIM RATCLIFFE: FRACKING, KUNSTSTOFFE UND CHEMIKALIEN

WER IST JIM RATCLIFFE?

Jim Ratcliffe ist der Vorsitzende und Gründer von INEOS Group Ltd. Dabei handelt es sich um einen multinationalen Konzern, der sich auf Öl, Gas und petrochemische Produkte spezialisiert hat. INEOS ist der elftgrößte Chemiekonzern der Welt. Im Jahr 1998 hat Jim Ratcliffe das von ihm mitgegründete Unternehmen Inspec und den zuvor von BP geleasteten Chemiestandort in Antwerpen aufgekauft, um INEOS zu gründen. Seitdem kauft das Unternehmen regelmäßig zum Verkauf stehende oder für die Schließung vorgesehene Chemiewerke von Unternehmen wie ICI und BP auf. Anschließend werden ohne jede Rücksicht Sparmaßnahmen umgesetzt, Gewerkschaften torpediert und Steuern umgangen.

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

Jim Ratcliffe steht auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 auf Platz 111. Betrachtet man ausschließlich das Vereinigte Königreich, steht er laut Forbes auf Rang zwei und laut Reichenliste der Sunday Times auf Rang vier. Diese beziffert das Vermögen des Chemiemagnaten auf 23,5 Mrd. £ (28 Mrd. €).

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Im Jahr 2019 hat Jim Ratcliffe 110 Mio. £ (131 Mio. €) an Steuern gezahlt. Das mag viel klingen, entspricht aber gerade einmal 0,59 % seines in dem Jahr erwirtschafteten Vermögens. Im Jahr darauf ist er in die Steueroase Monaco umgesiedelt, um im Vereinigten Königreich überhaupt keine Steuern mehr zu zahlen.

Nach Streitigkeiten mit der Labour-Regierung über eine Nachfrist zur Begleichung von Umsatzsteuerschulden in Höhe von 350 Mio. £ (417 Mio. €) verlagerte Jim Ratcliffe den Firmensitz von INEOS nach Rolle in der Schweiz. Dies bescherte dem Unternehmen Steuerersparnisse von schätzungsweise 100 Mio. £ (119 Mio. €) pro Jahr. Im Jahr 2016 erfolgte die Rückverlegung des Firmensitzes von INEOS in das Vereinigte Königreich. Dem vorausgegangen war eine Entscheidung der britischen Regierung zur Senkung der Unternehmenssteuer. Aufgrund der Steuersenkung stieg die Steuerbelastung für das Unternehmen nach der Rückverlegung von 39 Mio. £ (46 Mio. €) auf gerade einmal 67 Mio. £ (80 Mio. €).

Im Jahr 2019 drohte die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PwC, die selbst wegen Systemen zur Steuervermeidung massiv in die Kritik geraten war, mit der Niederlegung des Mandats als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft für INEOS. Grund hierfür waren die massiven Pläne des Unternehmens zur Steuerumgehung. Der Plan von Jim Ratcliffe und anderen leitenden

Führungskräften von INEOS hätte es dem Unternehmen ermöglicht, mehrere Milliarden aus dem Unternehmen abzuziehen, ohne dafür Kapitalertrags- oder Einkommenssteuer zahlen zu müssen. Sir Vince Cable, der damalige Vorsitzende der Liberal Democrats, sagte, dass Personen wie Ratcliffe „Steuern als vollkommen freiwillige Leistung verstehen“.

WHAT THE FRACK ODER FRACKING UM JEDEN PREIS

Im Jahr 2014 gab Jim Ratcliffe bekannt, dass er im Vereinigten Königreich eine „Schiefergasrevolution“ starten wolle. Binnen kürzester Zeit hatte er den Ruf, das Thema Fracking mit „Bestechung und Bulldozern“ zu verfolgen. Im Jahr 2017 wurden Pläne zum Fracking im weltbekannten Sherwood Forest veröffentlicht. Im Zuge dessen wurde National Trust, einer gemeinnützigen Organisation für Denkmalpflege und Naturschutz, mit rechtlichen Schritten gedroht, sollte sich diese weigern, Fracking in Gebieten in Nottinghamshire zu erlauben, die vom National Trust verwaltet werden. Im Jahr 2018 weigerte sich INEOS, Bohrungen im Nationalpark North Moors auszuschließen. Nach Wiedereinführung des Fracking-Moratoriums durch die britische Regierung im Oktober 2022 konzentrierte INEOS seine Aktivitäten auf Texas und erwarb im Februar 2023 für 1,2 Mrd. £ (1,4 Mrd. €) insgesamt 2.300 Erdöl- und Erdgasbohrlöcher vom US-amerikanischen Erdgasproduzenten Chesapeake.

CO₂-BOMBEN, VERSCHMUTZTE GEWÄSSER UND DRECKIGE LUFT

INEOS steckt auch hinter dem größten Kunststoffprojekt in Europa, das den ominösen Namen „Project One“ trägt. Dabei handelt es sich um eine Kracking-Anlage in Antwerpen und laut ClientEarth um eine „Kohlenstoffbombe mit negativen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt“. ClientEarth hat im Februar die vierte Anfechtungsklage gegen das umweltzerstörende Projekt auf den Weg gebracht. Klagegrund ist, dass INEOS „es versäumt hat, gegenüber den Behörden ausführliche Angaben zu den erwarteten Auswirkungen auf die Menschen, die Umwelt und das Klima zu machen“. Das Werk von INEOS im britischen Middlesbrough hat zwischen 2014 und 2017 insgesamt 176-mal gegen Auflagen verstoßen, 90-mal ging es dabei um Verstöße gegen Bestimmungen für Emissionen in Luft und Wasser.

LOBBYTÄTIGKEITEN ZUR UMGEHUNG VON UMWELTBESTIMMUNGEN

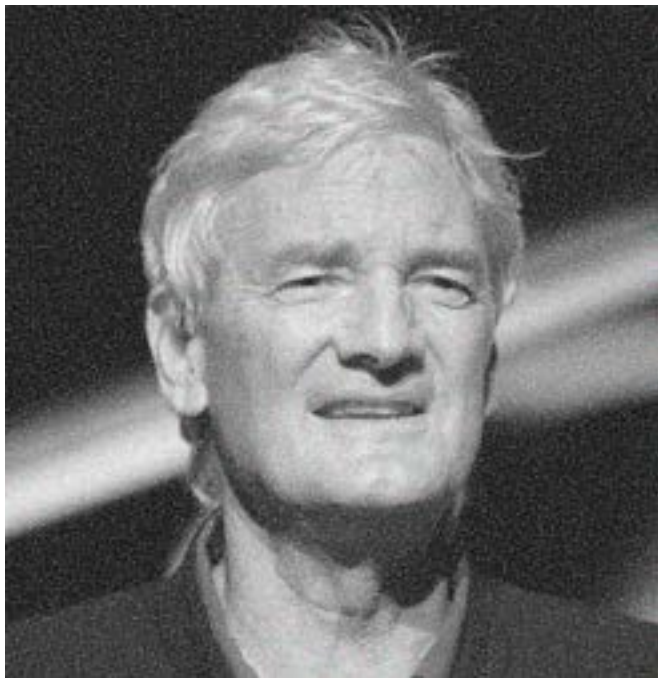
Vor dem EU-Mitgliedschaftsreferendum im Vereinigten Königreich hat INEOS erhebliche Lobbyanstrengungen unternommen, um für INEOS eine Ausnahme von der Klimaschutzabgabe im Vereinigten Königreich sowie eine Abschaffung des Mindestpreises für Kohlenstoff im Vereinigten Königreich zu erwirken. Im Februar 2024 behauptete Jim Ratcliffe in einem Schreiben an Ursula von der Leyen, dass die Kohlenstoffsteuer zu einem „Investitionsabzug“ aus Europa geführt habe.

SPORTSWASHING

INEOS ist Sponsor bekannter Sportteams wie Manchester United, All Blacks und INEOS Grenadiers (ein Tour-de-France-Team). Das Sponsoring kostet das Unternehmen vergleichsweise wenig Geld, verleiht diesem aber so etwas wie „die gesellschaftliche Akzeptanz für sein Handeln“, da auf diese Weise eine Verbindung zwischen einem Unternehmen für fossile Brennstoffe und Chemikalien und Sport hergestellt wird, also einer Sache, die zweifelsfrei als etwas Positives wahrgenommen wird.

„ICH KAM UND SAH UND SIEGTE“

Anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Unternehmens beauftragte Jim Ratcliffe einen Designer mit der Gestaltung eines Firmenwappens für INEOS. Dieses trägt den lateinischen Schriftzug VENI EMI VICI („Ich kam, ich kaufte, ich siegte“).



JAMES DYSON: STAUBSAUGER, LUFTREINIGER UND AGROBUSINESS

WER IST JAMES DYSON?

James Dyson hat die größte Bekanntheit als Erfinder des beutellosen Staubsaugers erlangt. Das in Malmesbury gegründete Unternehmen Dyson Ltd. hat seinen Firmensitz seit 2019 in Singapur. Das Unternehmen Dyson produziert nicht nur Staubsauger, Händetrockner, Haartrockner, rotorlose Ventilatoren und Luftreiniger, sondern ist mittlerweile auch der größte landwirtschaftliche Betrieb im gesamten Vereinigten Königreich. Insgesamt bewirtschaftet das Unternehmen eine Fläche von 14.400 Hektar in den Grafschaften Lincolnshire, Oxfordshire, West Berkshire, Somerset und Gloucestershire.

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

James Dyson belegt Platz 140 in der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024. Im Vereinigten Königreich steht er laut der Reichenliste der Sunday Times auf Platz fünf.

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Dyson Limited gehörte zu den vielen Unternehmen, die in den Finanzskandal verwickelt waren, der unter dem Namen Luxemburg-Leaks bekannt wurde. Aus den geleakten Dokumenten ging hervor, wie Luxemburg zahlreichen multinationalen Unternehmen geholfen hat, Steuern in Millionenhöhe zu sparen. Im Jahr 2014 ergaben Recherchen des Guardian, dass Dyson Ltd. 2011 verschiedene Firmen auf der Isle of Man und in Luxemburg gegründet hatte, um darüber Darlehen in Höhe von 300 Mio. £ (357 Mio. €) an ihre britischen Gesellschaften zu vergeben. Durch die gezahlten Darlehenszinsen wurde die Steuerbelastung für Dyson im Vereinigten Königreich drastisch gesenkt.

Im Jahr 2018 fand die Sunday Times heraus, dass James Dyson Beteiligungen an drei steuervermeidenden Filmgesellschaften erworben hatte. Im April 2021 tauchten Schriftstücke auf, aus denen hervorging, dass James Dyson den damals amtierenden Premierminister Boris Johnson in der Mitte der ersten Corona-Welle per Textnachricht kontaktiert hatte. Er fragte, ob es möglich sei, Steuererleichterungen durch ein Erlassen der Umsatzsteuer für das Unternehmen zu erwirken, wenn dieses im Vereinigten Königreich Beatmungsgeräte produziere. Boris Johnson antwortet darauf, „Wird morgen erledigt!“. James Dyson hatte sein Unternehmen 2019 nach Singapur verlegt. Aus Unternehmensdaten geht hervor,

dass er einen Tag nach seinem Ersuchen zur Umgehung der Steuerregelungen an den Premierminister den Firmensitz zurück ins Vereinigte Königreich verlagerte.

James Dyson hat 2024 insgesamt 156 Mio. £ (186 Mio. €) an Steuern gezahlt. Das klingt nach viel, entspricht aber gerade einmal 0,68 % seines Vermögens. Die Wahrheit ist, dass von den Milliardär*innen niemand auch nur annähernd einen gerechten Anteil an Steuern zahlt.

DIE FREIHEIT, ARBEITSPLÄTZE IM VEREINIGTEN KÖNIGREICH ZU STREICHEN

Im Juli 2024 gab Dyson bekannt, im Rahmen einer „weltweiten Umstrukturierung“ ein Drittel der Belegschaft im Vereinigten Königreich zu entlassen. Das Unternehmen hatte bereits während der Corona-Pandemie 600 Stellen im Vereinigten Königreich gestrichen. Während viele ohne bezahlte Arbeit dastanden, scheffelte Dyson weiterhin Milliarden. Vielleicht war es das, was er mit dem Begriff „Freiheit“ meinte, als er in Bezug auf den Brexit sagte: „Wir haben die Freiheit, Handelsvereinbarungen mit anderen Ländern außerhalb Europas zu treffen und Menschen aus aller Welt einzustellen.“

ZWANGSARBEIT UND GEFÄHRLICHE ARBEITSBEDINGUNGEN IN MALAYSIA

Im Februar 2022 förderten Recherchen von Channel 4 Vorwürfe über Misshandlungen in einem Werk von ATA zutage, in dem Teile für Dyson produziert werden. Die Anwaltskanzlei Leigh Day reichte im Namen der Beschäftigten Klage gegen Dyson Ltd. ein. Dem Unternehmen wurde vorgeworfen, Hinweise von Whistleblower*innen wiederholt ignoriert zu haben. Im Oktober 2023 einigte sich das UK High Court mit der Rechtsabteilung von Dyson auf eine Anhörung des Falls in Malaysia. Die Beschäftigten erhielten im Juni 2024 das Recht auf Berufung und der Fall soll im November 2024 vor dem Berufungsgericht angehört werden.

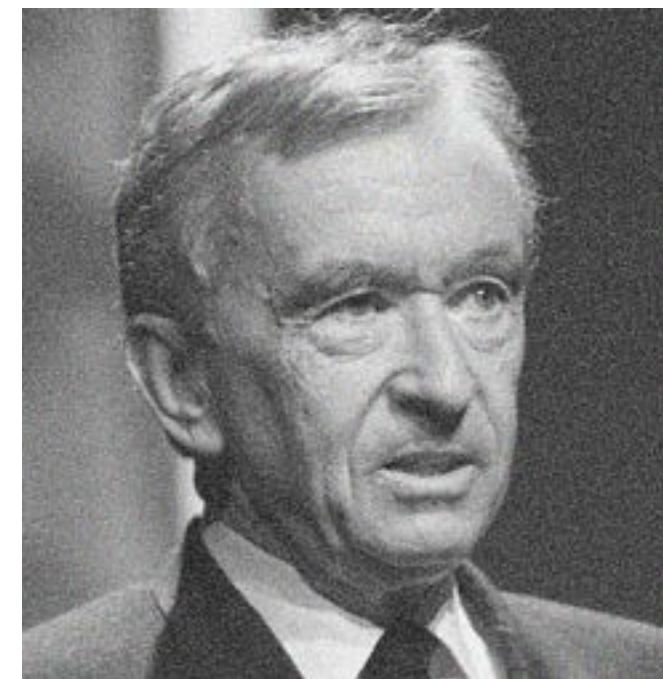
ABER TUT ER MIT SEINEM GELD NICHT AUCH GUTES?

Dyson veranstaltet einmal pro Jahr einen Innovationswettbewerb zum Thema Klimaschutz. Zudem betreibt er eine private Hochschule und hat mehrere Millionen an seine ehemalige Privatschule gespendet. Darüber hinaus hat er 6 Mio. £ (7,1 Mio. €) zur Finanzierung eines „Zentrums für Wissenschaft, Technologie, Ingenieurwesen, Kunst und Mathematik“ in einer Grundschule in Malmesbury gespendet. Selbstverständlich können Privatpersonen frei entscheiden, was sie mit ihrem Geld machen. Allerdings befreien private Spenden nicht von der Pflicht, Steuern zu zahlen. Schließlich erhalten auch normale Menschen keine Steuerbefreiung, nur weil sie bei einer Tombola auf einem Schulfest ein Los kaufen. Ebenso sollte Dyson keinen Freifahrtschein zur Steuervermeidung erhalten, nur weil er von seinem immensen Reichtum eine Schule baut.

Frankreich: Reichtum durch Chemikalien und Luxusgüter

- In Frankreich gibt es laut Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 insgesamt 53 Milliardär*innen. Allein das Vermögen von Bernard Arnault hat sich von 75 Mrd. US\$ (69 Mrd. €) im Jahr 2020 auf 233 Mrd. US\$ (214 Mrd. €) im Jahr 2024 verdreifacht.
 - Die Vermögensungleichheit in Frankreich nimmt zu. Im Jahr 2021 besaßen die reichsten 10 % der Haushalte 47 % des gesamten Vermögens aller Haushalte. Im Jahr 2020 lag dieser Wert noch bei 41 %.
 - In Frankreich existiert zwar eine Form der Vermögenssteuer, allerdings ist diese nicht sonderlich effektiv. Zudem wurde diese im Laufe der Zeit erheblich abgeschwächt. Im Jahr 2018 wurde die solidarische Vermögenssteuer durch eine viel niedrigere Grundsteuer (IFI) abgelöst. Das Ergebnis sind Mindereinnahmen von 4,5 Mrd. € pro Jahr. Bei der IFI handelt es sich um eine abgestufte Grundsteuer, von der Investitionen, Fahrzeuge und Schmuck ausgenommen sind. Daneben gibt es viele weitere Schlupflöcher.
 - Laut einer Umfrage von Oxfam Frankreich befürworten 76 % der in Frankreich befragten Personen die Wiedereinführung der solidarischen Vermögenssteuer. Weitere 80 % sind für die Schließung von Steuerschlupflöchern.
 - Macron hat sich schnell den Ruf als „Präsident der Reichen“ verdient. Die Vermögenssteuer wurde auf eine Grundsteuer herabgestuft. Die Unternehmenssteuern wurden gesenkt und es wurde eine neue Pauschalsteuer eingeführt. Im September 2024 bestätigte Frankreichs neuer Finanzminister Antoine Armand die vorübergehende Einführung „gezielter Abgaben“ in einem begrenzten Rahmen. Allerdings sind die Superreichen hiervon ausgenommen. Zudem werden die Mehreinnahmen in keiner Weise verwendet, um die Investitionen in eine sozial gerechte Energiewende zu erhöhen.
 - Mit einer Vermögenssteuer für Milliardär*innen von gerade einmal 8,6 % könnten die zunehmende Ungleichheit gestoppt und eine Vielzahl jährlicher Leistungen in Frankreich finanziert werden. So könnten z. B.2**:
- mehr als 330.000 Häuser und Wohnungen gedämmt und mehr als 430.000 neue Wärmepumpen installiert werden, damit die Häuser und Wohnungen im Winter warm und im Sommer kühl bleiben, und das zu bezahlbaren Preisen.
 - Tausende neue Windräder gebaut werden, um 1,5 Millionen Haushalte mit sicherer und erneuerbarer Energie zu versorgen. Darüber hinaus könnte mit dem Geld eine Energiegarantie finanziert werden, um sicherzustellen, dass die Grundversorgung mit Energie gewährleistet ist und niemand ohne Strom und Wärme zurückbleibt.
 - mehr als 90.000 öffentliche Gebäude wie Schulen und Krankenhäuser mit Solarmodulen ausgestattet werden, die saubere und erneuerbare Energie erzeugen.
 - mehr als 1,6 Millionen Beschäftigte in der fossilen Industrie und in Industrien mit hohem Kohlenstoffausstoß für zukunftssichere Arbeitsplätze umgeschult werden.
 - mehr als 6.000 neue elektrische Busse in Betrieb genommen sowie das Schienennetz modernisiert und Ticketpreise gesenkt werden, um Reisen einfacher, günstiger und umweltfreundlicher zu machen.
 - Tausende Sozialwohnungen gebaut werden, um sicherzustellen, dass jede*r ein Zuhause hat.
 - Löhne und Gehälter von über 24.000 Krankenpfleger*innen und mehr als 28.000 Beschäftigten der Pflegebranche bezahlt werden.
 - 20 neue Bibliotheken gebaut und Krankenhäuser renoviert werden, um das Wohlergehen der Gemeinden zu verbessern.
 - die aktuellen Mittel zum Schutz von Häusern, Unternehmen und Infrastruktur vor Überschwemmungen und Waldbränden aufgestockt werden.
 - die aktuellen Ausgaben in Höhe von 1,61 Mrd. € zur Klimafinanzierung erhöht und der bestehende Hilfsfond in Höhe von 100 Mio. € für Verluste und Schäden massiv aufgestockt werden. Darüber hin aus würde dies dazu beitragen, der historischen Verantwortung gegenüber den Ländern nachzukommen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind.

** 350.org berechnete die Einnahmen aus einer Vermögenssteuer von 8,6 % auf der Grundlage des Gesamtvermögens der ansässigen Milliardär*innen und untersuchte dann, was mit diesen Einnahmen auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Daten finanziert werden könnte.



BERNARD ARNAULT: „DER WOLF IN KASCHMIR“

WER IST BERNARD ARNAULT?

Bernard Arnault ist laut Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 der aktuell reichste Mensch der Welt. Der Milliardär leitet das Imperium LVMH. Dazu gehören Luxusmarken wie Louis Vuitton, Guerlain und Dior, aber auch die günstigere Marke Sephora sowie die internationale Supermarktkette Carrefour. Arnault gründete 1984 mit einem Startkapital von 15 Mio. US\$ (13,8 Mio. €) aus dem Familienvermögen eine Holdinggesellschaft, die es ihm ermöglichte, Dior aufzukaufen. In der Folge erwarb er sich aufgrund seiner rücksichtslosen Übernahmen schnell den Spitznamen „der Wolf in Kaschmir“. Arnault machte LVMH durch ein Sponsoring der Olympischen Spiele 2024 in Höhe von 150 Mio. € weltweit zu einem bekannten Namen. Dabei platzierte er den Markennamen häufig in eigentlich sponsoringfreien Zonen. Er engagiert häufig Prominente wie Pharrell Williams, Zendaya und den südkoreanischen Rapper J-Hope für öffentlichkeitswirksame Imagekampagnen für Louis Vuitton und andere Luxusmarken.

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

Laut Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 steht Bernard Arnault auf Platz eins. Auf dem täglich aktualisierten Milliardär*innen-Index von Bloomberg rangiert er dagegen auf Platz vier. In Frankreich ist er jedoch der mit Abstand reichste Mensch. Laut Forbes besitzt er mit 133 Mrd. US\$ (122,4 Mrd. \$) weit mehr als der zweitreichste Mensch in Frankreich.

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Arnault verließ Frankreich bereits in den frühen 1980er Jahren, um die Vermögenssteuer von Francois Mitterand zu umgehen. Als Präsident Holland 2012 eine Vermögenssteuer von 75 % vorschlug, beantragte Arnault die belgische Staatsbürgerschaft. Der Milliardär zog seinen Antrag 2013 jedoch zurück. Zur gleichen Zeit hatte die belgische Staatsanwaltschaft eine Untersuchung gegen Pilinvest eingeleitet, ein mit LVMH verbundenes Unternehmen. Es bestand der Verdacht, dass die Holdinggesellschaft gegründet worden war, um die Erbschaftssteuer zu umgehen. LVMH hat in Belgien insgesamt 14 Tochtergesellschaften, die Vermögenswerte in Höhe von 20 Mrd. € halten und insgesamt lediglich 14 Personen beschäftigen. Jede dieser Personen erwirtschaftet einen Gewinn von 411 Mio. €. Schätzungen zufolge hat LVMH durch die Einrichtung des Finanzsitzes des Unternehmens in Brüssel statt in Paris in den Jahren zwischen 2008 und 2016 Steuerzahlungen in Höhe von 700 Mio. € vermieden. Nach Angaben des Multinational Observatory hat LVMH im Jahr 2020 insgesamt 305 Tochtergesellschaften in Steueroasen unterhalten.

ZERSTÖRUNG DES PLANETEN

Aufgrund seines luxuriösen und verschwenderischen Lifestyles ist Arnault persönlich dafür verantwortlich, dass sein CO₂-Fußabdruck genauso hoch ist wie der von 1.158 französischen Normalbürger*innen. Dabei werden 86 % der jährlichen Emissionen des Milliardärs durch seine Privatjacht Symphony erzeugt. Das entspricht der Emissionsbilanz von 996 französischen Normalbürger*innen. Arnault hat 2022 seinen Privatjet verkauft. Damit wollte er der Kritik von Twitter-Aktivist*innen aus dem Weg gehen, die die Emissionsbilanz seiner Privatflüge genauer unter die Lupe nahmen. Mittlerweile chartert er Privatjets, die in puncto Umweltbilanz keinen Deut besser sind.

SPIONAGE UND GELDWÄSCHE

Im August 2023 leitete die Staatsanwaltschaft in Paris eine offizielle Untersuchung wegen möglicher Geldwäsche im Zusammenhang mit einer undurchsichtigen Geschäftsvereinbarung unter Beteiligung von Arnault und dem russischen Oligarchen Nikolai Sarkisov ein. Im Jahr 2021 zahlte sein Unternehmen LVMH 10,2 Mio. US\$ (9,4 Mio. €), um die Einstellung von Untersuchungen wegen des Vorwurfs der Spionage durch einen ehemaligen französischen Geheimdienstchef im Auftrag des Unternehmens zu erwirken.

ALLES BLEIBT IN DER FAMILIE

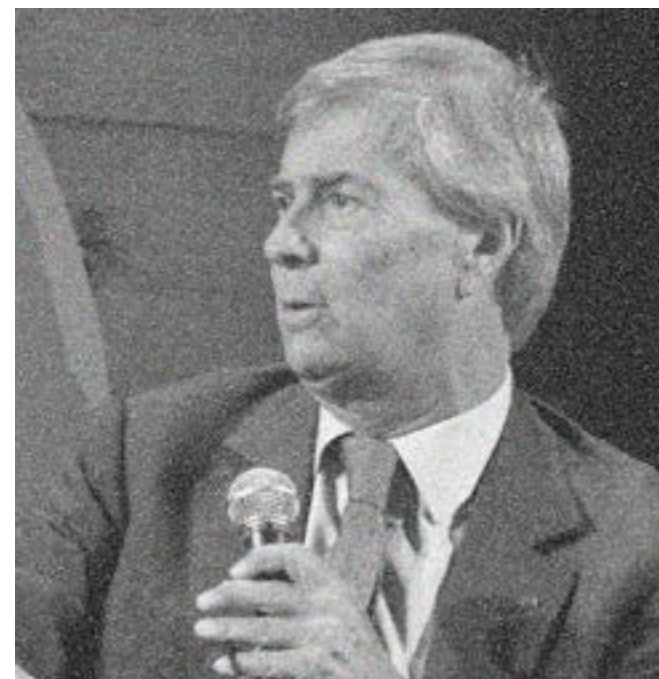
Im Jahr 2022 änderte Arnault die Rechtsform der Familienholding Agache in eine Aktiengesellschaft. Dadurch ist sichergestellt, dass das enorme Vermögen auch langfristig in der Familie bleibt. Darüber hinaus wurde im Zuge einer Änderung der Geschäftsordnung das Höchstalter des CEO von 75 auf 80 Jahre angehoben.

DER TERMINATOR (DER ARBEITSPLÄTZE)

Arnault hat den Ruf als jemand, der Gründer*innen verdrängt und Familien und Geschäftspartner*innen auseinander bringt. 1984 kaufte er den Textilkonzern Boussac/Saint-Freres für den symbolischen Betrag von einem Franc und versicherte der Regierung im Gegenzug, dass er die Arbeitsplätze erhalten würde. Innerhalb von fünf Jahren hatte er den Konzern bis auf die Tochtergesellschaft Dior abgewickelt und 8.000 Beschäftigte entlassen. Dieses rücksichtslose Vorgehen brachte ihm den Namen „der Terminator“ ein. Arnault handelt beim Ausbau seines Imperiums immer nach dem gleichen Muster: Chancen zur Expansion nutzen, Preise anheben und Beschäftigte entlassen.

PROFITEUR FRAGWÜRDIGER METHODEN

Arnault erwarb mithilfe von besonderen Aktienderivaten eine Beteiligung an der Luxusmarke Hermès. Dies brachte ihm ein Bußgeld in Höhe von 8 Mio. US\$ (7,4 Mio. €) durch die Aufsichtsbehörde Autorité des Marchés Financiers (AMF) ein. Beim anschließenden Verkauf seiner Anteile verbuchte er jedoch einen Gewinn von 2,4 Mrd. US\$ (€2,2 Mrd. €).



VINCENT BOLLORÉ: DAS FRANZÖSISCHE PENDANT ZU RUPERT MURDOCH

WER IST VINCENT BOLLORÉ?

„Nie zuvor lag so viel Einfluss in den Händen eines Mannes und nie zuvor wurde ein solcher Einfluss genutzt, um eine so extreme Agenda voranzutreiben“;

so der Medienhistoriker Alexis Lévrier

Das Imperium von Vincent Bolloré entstand aus dem 1822 gegründeten Familienkonzern Bolloré. Die Anfänge des Unternehmens lagen in der Herstellung von Zigarettenpapier und Bibeln. Nach einer kurzen Anstellung bei Rothschilds übernahm Bolloré 1981 den Konzern und baute diesen zu einem globalen Riesen aus. Der Konzern ist unter anderem im Baugewerbe, der Logistik und der Schifffahrt tätig. Darüber hinaus hat sich Bolloré auch einen Namen als der französische Rupert Murdoch gemacht. Bolloré hat die französische Version des Nachrichtensenders Fox News gegründet und dafür gesorgt, dass die Medienberichterstattung deutlich rechtsgerichteter ist. Es erfolgten der Umbau und die Umbenennung von i-Télé ganz nach dem Vorbild von Fox in CNews. Auch das einflussreiche Journal du Dimanche wurde in ein rechtsextrêmes Sprachrohr umgebaut. Berichten zufolge soll Bolloré im Privaten gesagt haben, „Ich nutze meine Medien für meinen Kampf der Zivilisationen“.

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

Die Familie Bolloré rangierte im März 2024 auf Platz 224 auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt. Laut Echtzeitdaten hatte die Familie ihr Vermögen bis September jedoch um 11 Mrd. US\$ (10,1 Mrd. €) vergrößert. In Frankreich ist die Familie Bolloré laut der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für 2024 auf Platz 11 zu finden.

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Der Milliardär hat ein komplexes Holding-System etabliert, darunter ein Geflecht aus Familienholdings, das es ihm ermöglicht, Hunderte Millionen Dollar zu horten und Steuerzahlungen zu umgehen. Indem er Geld hält, das eigentlich an die Familie Bolloré ausgeschüttet werden müsste, profitiert Bolloré gleich in zweifacher Hinsicht: Einerseits umgeht er so die Steuern, die andernfalls auf die Dividenden gezahlt werden müssten, und andererseits bläht er die Bilanzen der Holdinggesellschaften künstlich auf, was der Familie Zugang zu noch mehr Finanzmitteln ermöglicht.

Deutschland: Sprintschlucker, Abgasskandale und steuerfreie Milliarden

KORRUPTION IM KOLONIALISTISCHEN STIL

Bolloré wurde vorgeworfen, Politiker*innen in Afrika bestochen zu haben: Er verlangte im Gegenzug für Hafenkonzessionen in Togo besonders niedrige Preise für Dienstleistungen und in machte in Ghana skrupellose Geschäfte. Im Februar 2021 zahlte das Unternehmen ein Bußgeld in Höhe von 12 Mio. €, um in Frankreich einer Anklage wegen der Korruptionsvorwürfe zu entgehen. Später im selben Jahr veräußerte er die Logistiksparte des Unternehmens in Afrika an die Reederei MSG Group. Im Juni 2024 forderte die französische Finanzstaatsanwaltschaft Parquet National Financier, dass Bolloré für seine Rolle bei den Geschäften des Unternehmens in Togo vor Gericht gestellt wird.

BOLLORÉS MEDIENKONTROLLE UND UNTERSTÜTZUNG DER KLIMALEUGNENDEN RECHTEN IST NOCH UNVERHOHLENER ALS DIE VON RUPERT MURDOCH

„Bollorés Hauptziel war schon immer, die französische Rechte zu einen und an die Macht zu bringen“,

so der Medienhistoriker Alexis Lévrier

Bolloré hat sein Medienimperium in den Dienst der nationalistischen Rechten in Frankreich gestellt. Er wird weithin als Organisator der Allianz der einst rivalisierenden rechten Parteien angesehen, denen es beinahe gelungen wäre, an die Macht zu kommen. Es war Bolloré, den der Parteivorsitzende der Konservativen, Eric Ciotti, am Morgen nach Macrons Bekanntgabe vorgezogener Neuwahlen am 9. Juni 2024 aufsuchte, um den Medienmogul, um den Medienmogul zu bitten, die Rassemblement National zu unterstützen. Die Rassemblement National versprach, den Grünen Deal der EU auszuhöhlen, das Verbot für den Bau neuer Verbrennungsmotoren rückgängig zu machen und die „Farm to Fork“-Strategie der EU abzuschaffen.

Bolloré kauft etablierte Medien, höhlt diese aus und nutzt deren Glaubwürdigkeit, um eine radikal andere Agenda zu promoten. Er ernannte Geoffroy Lejeune, den ehemaligen Chefredakteur eines rechtsextremen Magazins, der bereits wegen rassistischer Hassrede rechtskräftig verurteilt wurde, zum Leiter der bekannten Wochenzeitschrift Journal du Dimanche.

- Laut Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 hat Deutschland die vierthöchste Anzahl an Milliardär*innen weltweit. Die Zahl ist gegenüber dem Vorjahr von 126 auf 132 gestiegen. Der Global Wealth Report der Boston Consulting Group zählt in Deutschland 3.300 Superreiche. Damit steht das Land bei der Anzahl der Superreichen auf Platz drei hinter den USA und China. In Deutschland ist das Vermögen der Superreichen zwischen 2023 und 2024 um 59 Mrd. US\$ (54,3 Mrd. €) gestiegen. Das Gesamtvermögen beläuft sich auf 644 Mrd. US\$ (592,5 Mrd. €). Das Land hat eine der höchsten Vermögenskonzentrationen aller OECD-Länder.
 - In Deutschland besitzen die reichsten 10 % insgesamt 67,3 % des Vermögens, während die ärmsten 50 % gerade einmal 1,2 % des Vermögens besitzen. Damit gehört Deutschland zu den Ländern mit der größten Ungleichheit in der Region. Laut Daten der Bundesbank besaßen die ärmsten 50 % der Menschen in Deutschland zwischen 2009 und 2021 nur 0,6 % des gesamten Nettovermögens der Haushalte.
 - Nach Berechnungen der Boston Consulting Group kontrollierten die Superreichen in Deutschland im Jahr 2020 rund 1,4 Billionen US\$ (1,3 Billionen €) des weltweiten investierbaren Vermögens. Dies entspricht einem Anstieg von 6 % gegenüber dem Vorjahr.
 - Die in Deutschland 1948 eingeführte Vermögenssteuer, die erheblich zur Verringerung von Ungleichheiten beigetragen hatte, wurde 1995 ausgesetzt und seitdem nicht wieder eingeführt.
 - Nahezu zwei Drittel der Deutschen (62 %) befürworten eine Vermögenssteuer auf Vermögen über eine Million Euro, wie aus einer Umfrage aus dem Jahr 2024 hervorgeht. Taxmenow, eine Initiative von Vermögenden im deutschsprachigen Raum, setzt sich seit Februar 2021 für eine Vermögenssteuer ein.
 - Eine globale Steuer von durchschnittlich 8,6 % auf das Vermögen von Milliardär*innen ist erforderlich, um die zunehmende Ungleichheit zu stoppen. In Deutschland könnte eine Vermögenssteuer von 8,6 % für Superreiche dazu beitragen, jährlich eine Vielzahl von Leistungen zu finanzieren, z.B.***:
- mehr als 290.000 Häuser und Wohnungen gedämmt und mehr als 380.000 neue Wärmepumpen installiert werden, damit die Häuser und Wohnungen im Winter warm und im Sommer kühl bleiben, und das zu bezahlbaren Preisen.
 - Tausende neue Windräder gebaut werden, um 1,3 Millionen Haushalte mit sicherer und erneuerbarer Energie zu versorgen. Darüber hinaus könnte mit dem Geld eine Energiegarantie finanziert werden, um sicherzustellen, dass die Grundversorgung mit Energie gewährleistet ist und niemand ohne Wärme und Strom zurückbleibt.
 - mehr als 87.000 öffentliche Gebäude wie Schulen und Krankenhäuser mit Solarmodulen ausgestattet werden, die saubere und erneuerbare Energie erzeugen.
 - mehr als 210.000 Beschäftigte in der fossilen Industrie und in Industrien mit hohem Kohlenstoffdioxidausstoß für zukunftssichere Arbeitsplätze umgeschult werden.
 - mehr als 5.000 neue elektrische Busse in Betrieb genommen sowie das Schienennetz modernisiert und Ticketpreise gesenkt werden, um Reisen einfacher, günstiger und umweltfreundlicher zu machen.
 - Tausende Sozialwohnungen gebaut werden, um sicherzustellen, dass jede*r ein Zuhause hat.
 - Löhne und Gehälter von über 21.000 Krankenpfleger*innen und mehr als 22.000 Beschäftigten der Pflegebranche bezahlt werden.
 - 18 neue Bibliotheken gebaut und Krankenhäuser renoviert werden, um das Wohlergehen der Gemeinden zu verbessern.
 - die aktuellen Mittel zum Schutz von Häusern, Unternehmen und Infrastruktur vor Überschwemmungen und Waldbränden aufgestockt werden.
 - die aktuellen Ausgaben in Höhe von 5,6 Mrd.€ zur Klimafinanzierung erhöht und der bestehende Hilfsfond in Höhe von 100 Mio.€ für Verluste und Schäden massiv aufgestockt werden. Darüber hinaus trägt dies dazu bei, der historischen Verantwortung gegenüber den Ländern nachzukommen, die am stärksten von der Klimakrise betroffen sind.

*** 350.org berechnete die Einnahmen aus einer Vermögenssteuer von 8,6 % auf der Grundlage des Gesamtvermögens der ansässigen Milliardär*innen und untersuchte dann, was mit diesen Einnahmen auf der Grundlage öffentlich zugänglicher Daten finanziert werden könnte.



SUSANNE KLATTEN UND STEFAN QUANDT: MOTOREN DER KLIMAKRISE, DIE IHREN REICHTUM GERNE IN DER FAMILIE BEHALTEN

WER SIND SUSANNE KLATTEN UND STEFAN QUANDT?

Die BMW-Erbin Susanne Klatten und ihr Bruder Stefan Quandt, ebenfalls BMW-Erbe, tauchen regelmäßig in den Listen der reichsten Menschen in Deutschland auf. Susanne Klatten ist die reichste Frau Deutschlands mit einem Vermögen von 26,4 Mrd. US\$ (24,3 Mrd. €). Ihr Bruder Stefan Quandt besitzt Vermögenswerte in Höhe von 27,3 Mrd. US\$ (25,1 Mrd. €).

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

Susanne Klatten rangiert auf Platz 71 der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 und ihr Bruder Stefan Quandt auf Platz 68. In Deutschland sind die Erbin und der Erbe des BMW-Vermögens laut Forbes-Liste die viert- bzw. fünftreichste Person. Laut Manager Magazin stehen die Geschwister auf Platz zwei der reichsten Menschen in Deutschland mit einem gemeinsamen Nettovermögen von 34,4 Mrd. € (deutlich niedriger als die Zahlen von Forbes).

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Klatten gab an, „hier in Deutschland“ gerne Steuern zu zahlen. Gleichzeitig hat ihre Familie jedoch verschiedene Mechanismen genutzt, um Steuern zu umgehen. Sie überführte eine im Jahr 2007 erhaltene Dividende von 2,37 Mrd. € in eine Holdinggesellschaft, was eine deutliche Senkung ihrer Steuerlast zur Folge hatte.

Klatten und Quandt erhielten einen Großteil ihres enormen Vermögens vor dem Tod ihrer Mutter, wodurch die Erbschaftssteuer umgangen werden konnte. Stefan Bach, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, erklärt, dass Klatten und Quandt nicht den Spitzensteuersatz in Deutschland zahlen, weil „ihr Einkommen in verschiedene Geschäftsstrukturen fließt und daher nicht der progressiven Einkommensteuer unterliegt.“

DIVIDENDEN WÄHREND DER PANDEMIE

Im Jahr 2020 wurde BMW für die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 700 Millionen € an Klatten und Quandt inmitten der Pandemie kritisiert, während sich Tausende Beschäftigte im Zwangsurlaub befanden.

MOTOREN DER KLIMAKRISE

Im Jahr 2021 verhängte die Europäische Kommission eine Geldstrafe in Höhe von 875 Mio. € gegen BMW und den VW-Konzern, weil sie gemeinsam vereinbart hatten, bei der Abgasreinigung nur die absoluten Mindeststandards einzuhalten, wodurch der Einsatz effizienterer Technologien zur Abgasreinigung unterbunden wurde. Im Jahr 2007 erhielt das Unternehmen den „Worst EU Lobby Award“ für eine gemeinsame Lobbykampagne, die darauf ausgelegt war, die verbindlichen CO₂-Reduktionsziele herunterzusetzen und deren Einführung zu verzögern.

REICHTUM AUF DEM RÜCKEN VON ZWANGSARBEITER*INNEN IN KONZENTRATIONSLAGERN

Ein von dem Historiker Joachim Scholtyseck geleitetes und von der Familie Quandt in Auftrag gegebenes Forschungsprojekt aus dem Jahr 2011 kam zu dem Schluss, dass die Quandts während des 2. Weltkriegs von dem massiven Einsatz von Zwangsarbeiter*innen profitiert hatten. Darüber hinaus profitierte die Familie von der Enteignung und Übernahme von Unternehmen in jüdischem Besitz, da dies die Grundlage für ihr milliardenschweres Unternehmen schuf. Klatten räumte die Verfehlungen ein, allerdings boten die Geschwister nie irgendeine Form der Entschädigung an.



DIE PORSCHE-PIËCH-FAMILIE: DER VW-ABGASSKANDAL, SPRITSCHLUCKER UND FAMILIENSTREITIGKEITEN

WER IST DIE PORSCHE-PIËCH-FAMILIE?

Da es viele Familienmitglieder gibt, ist es einigermaßen kompliziert. Jedoch sind alle von ihnen in der Automobilbranche tätig oder profitieren davon. Ferdinand Piëch hat unter anderem durch die Schaffung eines toxischen und fordernden Arbeitsumfeldes bei Volkswagen Berühmtheit erlangt, das 2015 zum Abgasskandal beigetragen hat. Er verließ das Unternehmen kurz vor Bekanntwerden des Skandals und überließ es seinem Nachfolger Martin Winterkorn, die Sache auszubaden. Der Autojournalist John Phillips beschrieb es wie folgt: „Ferdinand Piëchs Lächeln war bekannt dafür, die Umgebungstemperatur um 15 Grad sinken zu lassen.“ Eine hochrangige Führungskraft beschrieb VW in einer anonymen Äußerung gegenüber der New York Times als ein Unternehmen, das nur einen Managementstil kenne: „zu jeder Zeit aggressiv sein.“

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

Die Porsche-Familie ist nicht auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt. Schätzungen zufolge besitzen sie jedoch ein Vermögen von 22,5 Mrd. US\$ (20,7 Mrd. €). Die Old Money Society schätzt das gemeinsame Vermögen der Porsche-Piëch Familie auf 55 Mrd. US\$ (50,6 Mrd. €). Die internen Familienfehden sind legendär. Als

Ferdinand Piëch 2019 unerwartet starb, wurde sein Vermögen zwischen seiner Frau, seinen drei Exfrauen und seinen 13 Kindern aufgeteilt. In Deutschland gilt die Porsche-Familie unter Führung Wolfgang Porsches nach Angaben der Zeitschrift Stern und dem Manager Magazin als die achtreichste Familie des Landes.

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Als die Porsche-Familie 2010 von Deutschland nach Österreich umzog, konnte Wolfgang Porsche die Wegzugsteuer aus Deutschland zinslos stunden. Grund war eine Gesetzesänderung aus dem Jahr 2006. Dadurch wurde die Steuerzahlung bis zum Verkauf seiner Anteile ausgesetzt. Seine Berater*innen entwickelten laut der Frankfurter Allgemeine ein Vermeidungsmodell für das Zahlen von Steuern auf seine Anteile, indem sie den Anteilsbesitz durch eine Reihe von Übertragungen verlagerten und so auch die österreichische Kapitalertragssteuer umgingen. Dieser Teil des Plans wurde von den deutschen Behörden unterbunden. Möglich war dies durch die Verabschiedung eines unter dem Namen „Lex Porsche“ bekannt gewordenen Gesetzes, das verhindert, dass durch die Verlagerung von Anteilen die Zahlung der fälligen Steuern umgangen werden kann.

DER VW-ABGASSKANDAL

Der Abgasskandal bei Volkswagen wurde nie direkt mit Ferdinand Piëch in Verbindung gebracht. Dennoch wird er weithin dafür verantwortlich gemacht, bei Volkswagen eine Kultur etabliert zu haben, die letztlich zu dem Skandal führte. Dies wird laut Eric Schiffer, Vorsitzender von Reputation Management Consultants, „für immer all die großartigen Dinge beflecken, die er vollbracht hat.“ Im Jahr 2015 leiteten die deutschen Behörden eine Untersuchung wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung gegen Volkswagen ein, weil auf die von dem Abgasskandal betroffenen Fahrzeuge eine geringere Steuer erhoben worden war.

#PORSCHEGATE ODER DIE UMGEHUNG VON UMWELTAUFLAGEN

Berichten zufolge soll Porsche-Chef Oliver Blume damit geprahlt haben, während der Koalitionsverhandlungen in engem Kontakt zu dem FDP-Vorsitzenden Christian Lindner gestanden zu haben. Eigenen Angaben zufolge habe er wesentlichen Anteil an der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Verpflichtung der Bundesregierung, sich bei der EU dafür einzusetzen, dass mit E-Fuels betankbare Fahrzeuge vom Verbot der Neuzulassung von Verbrennungsmotoren ausgenommen werden.

DAS FEHLEN EINER KLAREN ENTWICKLUNG WEG VON FOSSILEN KRAFTSTOFFEN GEHT AUF KOSTEN DER BESCHÄFTIGTEN

Das Fehlen einer klaren Entwicklung weg von fossilen Kraftstoffen, und das trotz des Erhalts staatlicher Subventionen in Milliardenhöhe, hat zum Verlust von Arbeitsplätzen und zum Stellenabbau bei VW beigetragen. 2024 wurden bei VW seit Jahrzehnten bestehende Arbeitsplatzgarantien gestrichen. Es droht zudem die erste Werksschließung in der 87-jährigen Geschichte des Unternehmens. Ende September hat VW Gewerkschaftsforderungen zurückgewiesen. Dies macht Streiks wegen der angekündigten Streichung von Arbeitsplätzen und möglicher Werksschließungen ab Anfang Dezember 2024 wahrscheinlich. Beschäftigte hielten Schilder mit dem Wort: „Fachkräftemangel“ hoch. Dies erfolgte als Reaktion auf die Ankündigung des Unternehmens, bis 2026 insgesamt 10 Mrd. € einzusparen und in der Verwaltung ein Fünftel der Personalkosten sparen zu wollen.

VERMÖGENSAUFBAU DURCH ZUSAMMENARBEIT MIT DEM NAZI-REGIME

Der Grundstein für das Vermögen von VW wurde während des 2. Weltkriegs gelegt. Mitbegründer Ferdinand Porsche suchte aktiv die Nähe zum Nazi-Regime, um dem Unternehmen Aufträge zu sichern. Diese Bemühungen zahlten sich aus. Das Unternehmen entwickelte Panzer, die Rakete V1 und den VW Käfer auf Wunsch Hitlers. Eine Studie aus dem Jahr 1996 ergab, dass Volkswagen während des Krieges in großem Umfang Zwangsarbeit eingesetzt hat. Das Werk in Wolfsburg, das bis heute der zentrale Produktionsstandort von Volkswagen ist, war ursprünglich ein Prestigeobjekt der Nazis, das unter der Aufsicht von Ferdinand Porsche gebaut wurde. Die Porsche-Familie ignorierte nach Ende des Krieges Forderungen auf Unternehmensanteile des jüdischen Mitbegründers Adolf Rosenberger.

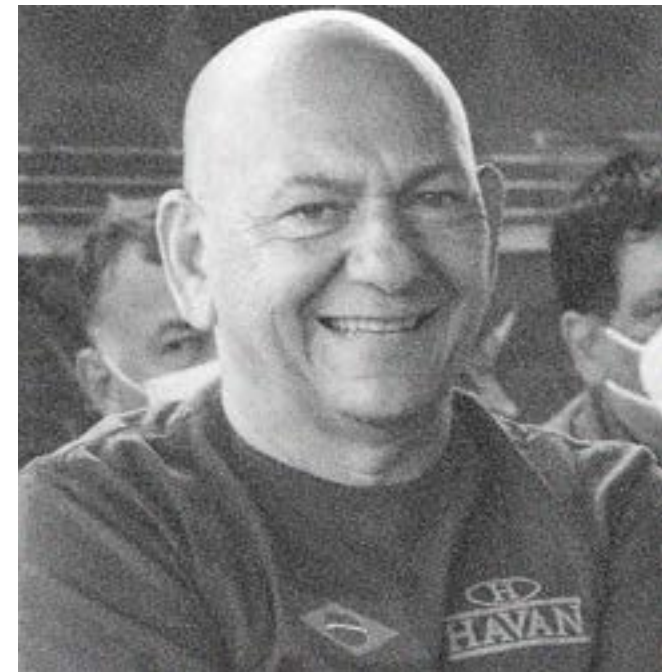
Brasilien: Steueroasen, Abholzung und Bestechung

Brasilien hat den Vorsitz der G20 im Jahr 2024 genutzt, um sich für die Einführung einer Vermögenssteuer einzusetzen. Darüber hinaus spielt Brasilien eine wichtige Rolle als Heimat einer starken indigenen Bewegung, einer aktiven Zivilgesellschaft, die für Klimagerechtigkeit kämpft, und als Land, in dem sich der größte Teil des Amazonas-Regenwaldes und damit die Lunge der Welt befindet. Brasilien ist zudem Gastgeberland der internationalen Klimaverhandlungen 2025 (COP30). Dort wird von allen Ländern erwartet, dass sie sich dazu verpflichten, ihre Emissionen in einem Umfang und einem Tempo zu senken, wie es die Klimakrise erfordert.

- In Brasilien leben laut Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 insgesamt 69 Milliardär*innen mit einem Gesamtvermögen von 231 Mrd. US\$.
- Die sechs reichsten Männer Brasiliens besitzen ein genauso großes Vermögen wie die ärmsten 50 % der Bevölkerung, was rund 100 Millionen Menschen sind. Die reichsten 5 % des Landes haben ein genauso hohes Einkommen wie die restlichen 95 %.
- In Brasilien gibt es aktuell keine Vermögenssteuer, allerdings erwägt die Regierung die Einführung einer Steuer zwischen 12 % und 15 % auf das Einkommen einzelner Millionär*innen. Das Einkommen unterliegt derzeit einer progressiven Besteuerung mit einem Spitzensteuersatz von 14 %, wobei auf Einkommen über 85.047 R\$ (13,460 €) keine Steuer erhoben wird.
- Beinahe die Hälfte der Steuerabgaben in Brasilien entfällt auf Nahrungsmittel und Dienstleistungen. Dies hat zur Folge, dass Menschen mit den niedrigsten Einkommen davon am stärksten betroffen sind.
- Die Regierung könnte enorme Summen zugunsten der Energiegerechtigkeit freisetzen, wenn sie dem Beispiel indigener Communities folgen und dem zerstörerischen Tun einer Handvoll von Superreichen und fossilen Brennstoffkonzernen Einhalt gebieten würde.

Mit einer Vermögenssteuer könnte Brasilien jedes Jahr Mehreinnahmen in Höhe von mehreren Milliarden generieren, die u. a. für folgende Maßnahmen eingesetzt werden könnten:

- Ausbau kommunaler und dezentraler Projekte zur Erzeugung erneuerbarer Energie in ganz Brasilien, angefangen von abgelegenen Dörfern im Amazonas-Gebiet bis hin zu dicht besiedelten Favelas in Rio de Janeiro.
- Finanzielle Unterstützung indigener Gruppen in Brasilien bei der Entwicklung von Konsultationsprotokollen für die Planung und Umsetzung öffentlicher und privater Projekte im Bereich erneuerbare Energien auf ihrem Land.
- Sicherstellung des Zugangs zu Strom für Communities im brasilianischen Amazonas-Gebiet durch Bereitstellung der 7,2–38 Mrd. R\$, (1,14 – 6,02 Mrd. €) die benötigt werden, um fast eine Million Menschen in der Region mit erneuerbarem Strom zu versorgen.



LUCIANO HANG: WARENHAUSKÖNIG UND UNTERSTÜTZER VON BOLSONARO

WER IST LUCIANO HANG?

Luciano Hang ist Eigentümer einer Warenhauskette und ein Selbstdarsteller, der dafür bekannt ist, sich in den Farben Gelb und Grün der brasilianischen Flagge zu kleiden. Er gilt als großer Anhänger des amerikanischen Kapitalismus. Seine am Stadtrand gelegenen Warenhäuser sind optisch dem Weißen Haus nachempfunden. Auf dem Platz vor jedem Eingang befindet sich eine Nachbildung der Freiheitsstatue, einige davon sind über 30 Meter hoch. Eines seiner bekanntesten Zitate lautet, dass Brasilien „ein Land der Verlierer“ ist, ergänzt durch den Satz, „Wir können Gewinner sein.“

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

Hang steht auf Platz 1.431 auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt mit einem Vermögen von 2,3 Mrd. US\$ (13 Mrd. R\$ bzw. 2,06 Mrd. €). In Brasilien rangiert Hang laut der Liste der reichsten Menschen des CEO Magazine auf Platz 22.

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Hang, der sich selbst gerne als „für Brasilien kämpfender Patriot“ bezeichnet, führte laut Recherchen von El Pais beinahe 20 Jahre lang in einer Steueroase das Unternehmen Abigail Worldwide mit einem Wert von 112 Mio. US\$ (632,8 Mio. R\$ bzw. 100 Mio. €). 2003 wurde Hang zu einer Haftstrafe von drei Jahren sowie zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er Sozialversicherungsbeiträge in Höhe von 10,4 Mio. US\$ (56,5 Mio. R\$ bzw. 8,95 Mio. €) nicht bezahlt hatte. Die Haftstrafe wurde in Sozialstunden umgewandelt

und es wurde ein Rückzahlungsplan vereinbart. Im Jahr 2020 fand der Federal Revenue Service heraus, dass Havan, eines von Hangs Unternehmen, Sozialversicherungsbeiträge hinterzogen hat. Daraufhin wurde das Unternehmen zu Geldstrafen in Höhe von fast 2,5 Mio. R\$ (396 Tsd. €) verurteilt.

NÖTIGUNG VON WÄHLER*INNEN, PUTSCHVERSUCHE UND UNTERSTÜTZUNG EINES PRÄSIDENTEN, DER KLIMALEUGNER IST

Hang ist ein brennender Unterstützer des ehemaligen Präsidenten Bolsonaro. Er hat Massennachrichten über WhatsApp finanziert, massenhaft Posts auf Facebook verbreitet und wurde 2018 zu einer Geldstrafe in Höhe von 85 Mrd. R\$ (13,5 Mrd. €) verurteilt, weil er Beschäftigte gezwungen hatte, für Bolsonaro zu stimmen. Bolsonaro wurde mit einer Agenda zum Präsidenten gewählt, die den Ausschluss einer Reichensteuer und das Versprechen allgemeiner Steuersenkungen enthielt. Nach Amtsantritt kürzte Bolsonaro die Mittel für eine Reihe von Umweltbehörden und sprach sich offen für die Abholzung des Amazonas-Regenwaldes aus. Naturschützer*innen beschreiben sein Handeln als „Zerstörung“, „Massaker“ und „Apokalypse“.

Bei Hang fand 2022 eine Hausdurchsuchung wegen des Verdachts statt, dass er gemeinsam mit anderen Geschäftsleuten die Möglichkeit eines Putsches diskutiert habe, um Bolsonaro zu unterstützen. Das Facebook-Konto von Hang war eines von mehreren, das nach einem Beschluss des Obersten Gerichtshofes Brasiliens abgeschaltet wurde. Die Konten waren genutzt worden, um zu einem Militärputsch gegen den Obersten Gerichtshof und den Kongress aufzurufen.



**DIE BATISTA-BRÜDER:
VERNICHTUNG
DES AMAZONAS-
REGENWALDES UND
BESTECHUNG VON
POLITIKER*INNEN**

WER SIND DIE BATISTA-BRÜDER?

Die Batista-Brüder kontrollieren gemeinsam durch ihre Holdinggesellschaft J&F Investments das Unternehmen JBS S.A., eines der größten Fleischverarbeitungsunternehmen der Welt. JBS stieg im Jahr 2022 zum größten Lebensmittelunternehmen der Welt auf und überholte Nestlé. Auf der COP28 versprach JBS, das Thema Nachhaltigkeit zur Priorität in seiner Lieferkette zu machen. Allerdings wurde das Unternehmen wiederholt mit der illegalen Abholzung des Amazonas-Regenwaldes in Verbindung gebracht. Laut Börsenaufsicht besitzt J&F Investments „weltweit rund 250 Unternehmen in 30 Ländern“. Im Jahr 2022 hat J&F Mangan- und Eisenerzminen in Brasilien gekauft. Erklärtes Ziel ist es, zum „JBS der Minen“ zu werden.

POSITION AUF DER LISTE DER REICHSTEN MENSCHEN DER WELT

Die Brüder teilen sich auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt für das Jahr 2024 Platz 991 mit einem Vermögen von jeweils 3,3 Mrd. US\$ (18,6 Mrd. R\$ bzw. 2,95 Mrd. €). In Brasilien stehen die Brüder laut der Liste der reichsten Menschen des CEO Magazine auf Rang 13. Unter Berücksichtigung ihres gemeinsamen Vermögens wäre es Rang sechs.

EINSTELLUNG ZU STEUERN

Die australische Steuerbehörde leitete 2019 eine Untersuchung gegen die australische Holdinggesellschaft Flora Green von JBS wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung ein. Die Untersuchungen standen in Zusammenhang mit einem Rat des international tätigen Beratungsunternehmens PwC aus dem Jahr 2014. PwC hatte die Holdinggesellschaft darüber informiert, dass sie durch Umstrukturierung auf legalem Weg 250 Mio. US\$ (229 Mio. €) an Steuern in den USA und 70 Mio. US\$ (64 Mio. €) in Australien sparen könne, wenn diese Beratung statt als Steuerberatung als Rechtsberatung ausgewiesen würde.

BESTECHUNG VON POLITIKER*INNEN, INSIDERHANDEL UND KORRUPTIONSSKANDALE, DIE FAST ZUM STURZ DER REGIERUNG GEFÜHRT HÄTTE

Im Jahr 2017 sicherten sich die Batista-Brüder Immunität vor Strafverfolgung, indem sie ein von ihnen über Jahrzehnte aufgebautes Netzwerk von Politiker*innen offenlegten. Dabei handelte es sich um ein Bestechungsnetzwerk namens Operation Lava Jato (dt. Operation Autowäsche), an dem über 1.800 Politiker*innen beteiligt waren, die im Gegenzug den Zugang zu staatlichen Banken und Pensionsfonds erleichtert haben sollen. Die von den Brüdern kontrollierte Holdinggesellschaft wurde

in Brasilien zu Entschädigungszahlungen in Höhe von 10,3 Mrd. R\$ (1,6 Mrd. €) und in den USA zu Entschädigungszahlungen in Höhe von 256 Mio. US\$ (235 Mio. €) verurteilt. Nach den Enthüllungen der Brüder, bei denen bekannt wurde, dass Joesley Batista Gespräche mit dem damaligen Präsidenten Michel Temer, in denen es ebenfalls um Bestechung ging, aufgezeichnet hatte, fiel der brasilianische Aktienindex auf den niedrigsten Stand seit 14 Jahren, was eine Schließung der Börse zur Folge hatte. Dieser Tag ging als „Joesley Day“ in die Geschichte ein.

Die Brüder wurden außerdem wegen Insiderhandel angeklagt, weil sie vor Abschluss eines Deals mit Untersuchungsbehörden Aktien verkauft und Fremdwährungsgeschäfte getätigt hatten. Letztlich wurden sie aber von der brasilianischen Börsenaufsicht freigesprochen. Nach den Bemühungen von Richter José Antonio Dias Toffoli, die Operation Lava Jato (dt. Operation Autowäsche) zu zerschlagen, erlangten die Brüder erneut nationale Bekanntheit. Im Jahr 2020 erließ die US-Börsenaufsichtsbehörde eine Unterlassungsanordnung wegen eines Bestechungsprogramms im Zusammenhang mit dem Kauf der Pilgrim's Pride Corporation durch die Brüder.

KLIMACHAOS, AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG VON INDIGENEN

Vermögensverwaltungen wie Blackrock und Vanguard schleusen über Fonds, die als „ökologisch“ ausgewiesen sind, Millionen von Dollar in den Konzern JBS. Das Thema Abholzung wird bei der Vergabe des Siegels „ökologisch“ aber ignoriert.

Die Umwandlung von Waldflächen in Weideland zur Viehzucht ist für 41 % der Abholzung in tropischen Regenwäldern verantwortlich. Im Amazonasgebiet weiden 70 % der Rinder auf abgeholzten Waldflächen. JBS ist einer der größten Abnehmer dieser Rinder. Laut einem Bericht von Global Witness aus dem Jahr 2024 ist JBS für die Abholzung einer Fläche von 80.000 Fußballfeldern in der Feuchtsavanne Cerrado verantwortlich.

Global Witness fand heraus, dass einer der Lieferanten von JBS, die wohlhabende Seronni-Dynastie, zahlreiche Verbrechen begangen hat. Dazu zählen Menschenrechtsverstöße, Zwangsarbeit, illegale Abholzungen, Landraub und „Rinderwäsche“. Bei der Rinderwäsche werden Tiere vor der Schlachtung kurzzeitig auf Farmen in Regionen gehalten, wo keine oder wenig Entwaldung stattfindet, obwohl sie zuvor auf illegal gerodeten Flächen gehalten wurden. JBS hat zwischen 2013 und 2018 illegal Rinder im Indigenengebiet Apyterewa gehalten.

Die Environmental Justice Foundation hat flächendeckende Zwangsarbeit in Rinderfarmen aufgedeckt, die JBS beliefern. Amnesty International deckte auf, dass es bei Landnahmen für die illegale kommerzielle Viehzucht innerhalb der Lieferkette von JBS zu Drohungen, Einschüchterung und Gewalt gegen diejenigen gekommen ist, die sich dagegen wehrten.

Eine Recherche von Mighty Earth und Reporter Brasil ergab, dass ein Hauptbestandteil des tödlichen Entlaubungsmittels „Agent Orange“ mit Flugzeugen über 81.200 Hektar Land auf der Farm Fazenda Soberana im Pantanal in Brasilien ausgebracht wurde, um Weideland für JBS und andere Fleischproduzenten zu schaffen. In der Recherche wurde dies als „chemische Entwaldung“ bezeichnet.

NOTIERUNG AN DER NEW YORKER BÖRSE

Im Juli 2024 versuchten die Brüder einen jahrzehntelangen Plan neu aufleben zu lassen, ihr Unternehmen an der New Yorker Börse notieren zu lassen. Als Reaktion darauf gründete sich eine Gruppe von Gegner*innen unter dem Titel „Ban the Batistas“, um einen möglichen Börsengang von JBS zu verhindern. An dieser Gruppe beteiligten sich Senator*innen verschiedener Parteien. Der Bundesstaat New York verklagt JBS aktuell wegen der irreführenden Angaben, dass es in der Lage sei, Emissionen bei gleichzeitigem Geschäftswachstum zu senken.



03: Tax Their Billions und Building Our Own Power

TAX THEIR BILLIONS: STEUER FÜR SUPERREICHE, UM DIE ERNEUERBARE ENERGIEWENDE VORANZUBRINGEN

Aktuell gibt es in Europa fast 600 Milliardär*innen. Ihr Gesamtvermögen ist zwischen 2020 und 2023 um ein Drittel auf nahezu 1,9 Billionen € gestiegen. G20-Länder wie Brasilien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Südafrika und das Vereinigte Königreich müssen dazu gedrängt werden, ein globales Abkommen zur Vermögensbesteuerung zu unterstützen und nationale Vermögenssteuern einzuführen. So könnten über Vermögenssteuern auf nationaler Ebene enorme Mehreinnahmen generiert werden. Diese könnten in nationalen Haushalten eingesetzt werden, um die Klimakrise zu bekämpfen, Menschen aus Armut zu befreien und das Leben der Menschen zu verbessern.

DIE POLITISCHE CHANCE

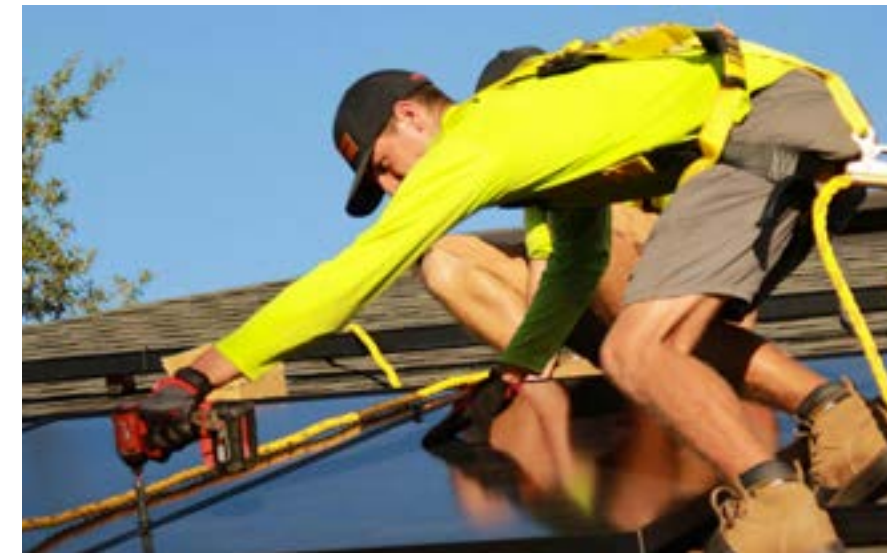
Brasilien ist darum bemüht, eine weltweite Vorreiterrolle beim Klimaschutz zu übernehmen. Deshalb sollte das Land bei seinem Vorhaben unterstützt werden, beim G20-Gipfel eine Vereinbarung über eine Vermögenssteuer auf den Weg zu bringen. Diese würde dazu beitragen, Steuerschlupflöcher für Superreiche zu schließen. Dadurch stünden enorme zusätzliche Mittel zur Finanzierung von Klimalösungen und sozialstaatlicher Leistungen im In- und Ausland zur Verfügung. Brasilien wird den Vorsitz der G20 an Südafrika übergeben, das sich 2025 weiter für ein Abkommen über eine Vermögenssteuer einsetzen sollte.

WAS BRINGT DIE EINFÜHRUNG EINER VERMÖGENSSTEUER DEN NORMALBÜRGER*INNEN IN EUROPA?

In vielen Ländern Europas haben die steigenden Lebenshaltungskosten mit voller Wucht zugeschlagen. Überall sind die Preise für Energie und Lebensmittel massiv gestiegen. Die politische Debatte dreht sich anstatt um Investitionen und Klimaschutz jedoch um Kürzungen und Sparmaßnahmen. Darüber hinaus zettelt die extreme politische Rechte Kulturkämpfe über die Frage an, wer für Klimapolitik bezahlen sollte. Dabei könnte die Antwort klarer nicht sein: Die Superreichen müssen dazu gezwungen werden. Dies hätte enorme Vorteile, wie z.B.:



- **Eine zukunftssichere Energieversorgung und ein Ende der Energiearmut:** Hierzu braucht es eine beschleunigte Einführung sicherer und erneuerbarer Energielösungen, die Modernisierung veralteter nationaler Energienetze sowie den Bau von Energiespeichern. Durch die Sicherstellung günstigerer, zuverlässiger und umweltfreundlicher Energie können es sich alle leisten, ihr Zuhause zu heizen. Mit erneuerbarer Energie lassen sich außerdem die CO₂-Emissionen senken.



- **Schaffung neuer Arbeitsplätze und Ausbildungsmöglichkeiten:** Investitionen in die sozial gerechte Energiewende werden Millionen neue Arbeitsplätze in der gesamten Wirtschaft und viele neue Karrieremöglichkeiten für junge Menschen schaffen. Durch Umschulungsprogramme erhalten Menschen Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen, die aktuell Jobs in klimaschädlichen Industrien haben.



- **Schaffung von hochwertigem und energieeffizientem Wohnraum mit günstigeren Energierechnungen:** Umsetzung eines groß angelegten Programms zur Wärmedämmung von Wohnraum, um die Energieeffizienz zu steigern und Fernwärmesysteme – wo möglich – zu modernisieren, um sicherzustellen, dass alle Häuser und Wohnungen im Winter warm und im Sommer kühl bleiben. Dies wird dazu führen, dass Energierechnungen sinken und Hunderttausende neue Arbeitsplätze entstehen. Darüber hinaus könnten mit den Mehreinnahmen klimafreundliche Häuser im sozialen Wohnungsbau finanziert werden.



- **Modernisierung zentraler staatlicher Leistungen und Infrastrukturen:** Die möglichen Mehreinnahmen durch Vermögenssteuern sind so hoch, dass es auch möglich wäre, den immer größer werdenden Investitionsstau in Krankenhäusern, Schulen, öffentlichen Verkehrsmitteln und Freizeiteinrichtungen wie Bibliotheken und Grünflächen zu stoppen. Dadurch würde das Leben von Millionen von Menschen schnell und spürbar verbessert.

TAX THEIR BILLIONS – STEUER FÜR REICHE, UM DEN INTERNATIONALEN KLIMASCHUTZ ZU FINANZIEREN

Die für die Klimakrise verantwortlichen Länder und Unternehmen sind moralisch verpflichtet, für Klimalösungen zu bezahlen, um Klimafolgen in den Ländern zu verhindern und zu beseitigen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben. Gerade diese sind aber oftmals am stärksten vom Klimawandel betroffen, u. a. durch extreme Temperaturanstiege, Überschwemmungen, Stürme, Taifune und tödliche Waldbrände.

Progressive Steuern auf sehr hohe Vermögen und fossile Brennstoffunternehmen in reicheren Ländern wie Frankreich, Deutschland und Großbritannien würden den nationalen Regierungen beträchtliche Mehreinnahmen beschere. Eine breit angelegte und abgestimmte Kampagne würde den Regierungen endlich die Möglichkeit bieten, ihre Mittel zur Einhaltung ihrer Zusagen zur Klimafinanzierung zu erhöhen, nachdem sie ihren diesbezüglichen Verpflichtungen jahrelang nicht nachgekommen sind.

Durch progressive Steuern auf die reichsten Menschen und klimaschädlichsten Unternehmen sowie durch die Umlenkung von Subventionen für fossile Brennstoffe in erneuerbare Energien können zusätzliche jährliche Einnahmen in Billionenhöhe erzielt werden. Diese Möglichkeit muss genutzt werden, um endlich die dringend benötigten und lange versprochenen Mittel im Rahmen des neuen internationalen Klimafinanzierungsziels bereitzustellen. Es ist auch eine Frage der Gerechtigkeit, dass Normalbürger*innen nicht zur Kasse gebeten werden. Aus diesem Grund ist es ein moralisches Gebot, Milliardär*innen und fossile Unternehmen zu besteuern.

Wenn reichere Länder ihrer historischen Verantwortung nachkommen und Mittel zur Klimafinanzierung bereitstellen, würde dies spürbar dazu beitragen, die Klimakrise zu bewältigen und weltweit die Armut zu verringern. Vollständig finanzierte nationale Klimaschutzpläne in Afrika, Asien, Lateinamerika und dem Pazifikraum könnten Folgendes ermöglichen:



- Klimafinanzierung für Verluste, Schäden, Anpassung und Minderung: Bei den anstehenden Klimaverhandlungen im Rahmen der diesjährigen COP29 muss ein neues Klimafinanzierungsziel (NCQG = New Collective Quantified Goal) vereinbart werden, um jährlich 1 Billion US\$ für den Globalen Süden bereitzustellen. Diese Summe wird benötigt, um Klimaschäden zu verhindern und zu beseitigen und um die sozial gerechte Wende hin zu erneuerbarer Energie zu ermöglichen.
- Zugang zu Energie und Erfüllung grundlegender Bedürfnisse: Durch das Replizieren und den Ausbau erneuerbarer Energielösungen auf allen Kontinenten können Hunderte Millionen von Menschen, die derzeit keinen Zugang zu Strom haben, an sichere, zuverlässige und bezahlbare Energiequellen angeschlossen werden. Der Zugang zu Elektrizität und damit Licht würde es Millionen von Kindern ermöglichen, auch nach Einbruch der Dunkelheit zu lernen. Darüber hinaus würde dies die Entwicklung der lokalen Wirtschaft ankurbeln, die Gesundheit verbessern und viele Orte sicherer machen.
- Verbesserung der Infrastruktur und weitere Vorteile für Kommunen: Umfassende und großflächige Investitionen zur Dekarbonisierung und Klimasicherheit von Verkehrssystemen, öffentlichen Gebäuden wie Schulen und Krankenhäusern sowie wirtschaftlicher Infrastruktur wie Häfen oder Bauernhöfen tragen dazu bei, dass sich Kommunen entwickeln und resilienter gegen die Auswirkungen des Klimawandels werden.
- Ausbildung, Kompetenzen und Arbeitsplätze: Die umfassende Umsetzung kommunaler Projekte im Bereich erneuerbare Energien und klimaresiliente Entwicklung wird groß angelegte Aus- und Weiterbildungsprogramme ins Leben rufen und Millionen neue Arbeitsplätze schaffen.
- Gemeinschaftseigentum und Energiedemokratie: Die vernünftige Finanzierung von Projekten, die es Bürger*innen und Kommunen ermöglichen, Kontrolle über ihre eigene Energie zu haben, tragen dazu bei, dass wirksame Systeme für erneuerbare Energien entstehen, die Normalbürger*innen zugutekommen. Die Schulung von Menschen in der Organisation, in Kampagnen und in der Lobbyarbeit für die Übernahme von Eigentumsrechten an dezentraler erneuerbarer Energie wird sicherstellen, dass Menschen tatsächlich von den Vorteilen profitieren und dass die Ungerechtigkeiten der fossilen Wirtschaft beseitigt werden.
- Lösen aus dem Würgegriff fossiler Ausbeutung: Je schneller das Zeitalter fossiler Brennstoffe beendet wird, desto eher werden Millionen von Menschen von den verheerenden Auswirkungen der Klimakrise auf ihr Leben, ihre Lebensgrundlage und ihre Umwelt befreit.

BUILDING OUR OWN POWER

Die Kampagne **Tax Their Billions** wird dazu führen, dass der Druck durch Graswurzelbewegungen auf die Staats- und Regierungschef*innen der reichsten Länder Europas sowie von Brasilien und Südafrika (die beiden Länder haben aktuell bzw. als Nächstes den Vorsitz der G20) deutlich zunimmt, damit endlich nationale Vermögenssteuern eingeführt werden und ein globales Abkommen über eine Vermögenssteuer auf dem G20-Gipfel vorangebracht wird. Die Kampagne wird lokale Aktionen und digitale Aktivitäten anstoßen, um den obszönen Reichtum von Milliardär*innen in den Fokus zu rücken und unsere gewählten Vertreter*innen zum Handeln aufzurufen, extremen Reichtum zu besteuern und das Geld sinnvoll in benachteiligten Communities im Inland und in der ganzen Welt einzusetzen.

Die Kampagne Tax Their Billions unterstützt zukunftsweisende Kampagnen in Afrika, Lateinamerika, Asien sowie im pazifischen Raum, wo Menschen die Bewegung Our Own Power ins Leben gerufen haben. In diesen Regionen organisieren sich Menschen, um Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen zu zeigen, wie eine sozial gerechte Energiewende gestaltet werden sollte, um das Zeitalter fossiler Brennstoffe zu beenden und um erneuerbare Energielösungen für alle auf kommunaler Ebene zu realisieren. Es ist möglich, die in diesem Briefing beschriebenen Vorteile Wirklichkeit werden zu lassen, wenn wir den obszönen und zerstörerischen Reichtum von Milliardär*innen und fossilen Brennstoffunternehmen besteuern, um Projekte der folgenden Kampagnen zu unterstützen:

Energia dos Povos: Hierbei handelt es sich um eine langfristige Kampagne für kommunale Energielösungen im Amazonas-Gebiet und für eine stärkere Beteiligung von Communities an Entscheidungen über Energiesysteme in ihren Gebieten. Die Kampagne trägt dazu bei, kommunale Infrastrukturen zu entwickeln, technische Schulungen anzubieten und Regierungen zu einem besseren Energiemanagement aufzufordern.

Im Rahmen dieser Kampagne werden Lösungen für den Zugang zu Energie von und für Communities in entlegenen Gegenden entwickelt. Gerade diese Communities leiden gleich in mehrfacher Hinsicht unter fossilen Brennstoffen. Erstens leiden sie erheblich unter den Auswirkungen der Klimakrise. Zweitens werden ihre Gebiete durch fossilen Raubbau zerstört und drittens ist ihr Zugang zu Energie sehr teuer und unzuverlässig, da brennstoffbetriebene Generatoren aktuell ihre einzige Möglichkeit sind, um Strom zu erzeugen.

REPower Afrika: Diese kommunale Kampagne wurde ursprünglich ins Leben gerufen, um Dörfer entlang der Ölpipeline EACOP (East African Crude Oil Pipeline) in Uganda und Tansania mit erneuerbarer Energie zu versorgen. Ziel ist es, durch eine enge Zusammenarbeit mit den entlang der Pipeline lebenden Communities bis

2025 insgesamt 100 Gebäude mit Solarstrom zu versorgen. Durch das Projekt werden Communities befähigt, die Deckung ihres Energiebedarfs in die eigenen Hände zu nehmen. Dies zeigt zudem, dass nachhaltige Lösungen direkt an der Basis entwickelt werden können. Da sich dieses Modell für einen Zugang zu erneuerbarer Energie kopieren und auch auf andere Regionen übertragen lässt, bietet es außerdem eine Lösung für die Energiearmut von Millionen von Menschen in Afrika.

Our Pawa ist eine breit angelegte und umfassende Kampagne, die versucht, die notwendigen Bedingungen für die auf den pazifischen Inseln lebenden Menschen zu schaffen, um in der Klimakrise bestehen und überleben zu können. Die Kampagne fordert zudem die australische Regierung auf, die sozial gerechte Energiewende für die Bewohner*innen der pazifischen Inseln zu unterstützen und langfristig die Weltgemeinschaft aufzurufen, die Energiewende zu finanzieren. Darüber hinaus ist diese Kampagne auch der Beginn des Aufbaus einer Kultur, die durch umfassende öffentliche Konsultationen gerechte Voraussetzungen für erneuerbare Energien im Pazifik schafft.



UNTERSTÜTZE UNSERE FORDERUNG TAX THEIR BILLIONS!

Die reichsten Menschen der Welt werden niemals freiwillig dafür sorgen, dass ihr obszöner Reichtum aufhört, zu existieren. Und die Politik wird allzu häufig von Lobbyist*innen und persönlichen Interessen bestimmt. Das hat zur Folge, dass die richtigen und notwendigen Entscheidungen nicht getroffen werden und die Bedürfnisse aktueller und künftiger Generationen nicht berücksichtigt werden. Es braucht die Kraft der Klimabewegung, um Entscheidungsträger*innen und Superreiche zur Verantwortung zu ziehen. Wir wollen die Dynamik und den Druck aus den Communities nach oben erhöhen. Außerdem fordern wir, dass die reichsten Menschen der Welt für Folgendes bezahlen: den Bau gerechter, günstiger und erneuerbarer Energie, die Dämmung von Wohngebäuden und die Behebung von Schäden durch Extremwetterereignisse im Globalen Süden. Das schaffen wir aber nur zusammen. Wir zählen auf dich!

MACH MIT!



350

**TAX THEIR
BILLIONS!**